

StaWi

STATISTIKHESSEN

Staat und Wirtschaft in Hessen

71. Jahrgang 5|2016



Neuer Internetauftritt des Hessischen Statistischen Landesamts

Daten zur Wirtschaftslage

Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:
Hessisches Statistisches
Landesamt, Wiesbaden, 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe
gestattet.

Herausgeber:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0,
Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: <https://statistik.hessen.de>

Schriftleitung:
Sanyel Arikán, Rheinstraße 35/37,
Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-825

Haus-/Lieferanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
65175 Wiesbaden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis:
Print: 13,00 Euro
Jahresabonnement: 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:
Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte und Informationen
aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale
Informationsstelle:
Telefon: 0611 3802-802 oder -807,
E-Mail: info@statistik.hessen.de

[GESUNDES Unternehmen]



Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.
Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

im Zeitalter der Digitalisierung ist die Internetseite ein zentrales Aushängeschild von Unternehmen, Organisationen und Institutionen. Wir haben den Internetauftritt des Hessischen Statistischen Landesamts neu gestaltet und vom Design und vom Aufbau her in den Internetauftritt des Landes eingebunden. Das Layout der Website bietet nun auch auf Smartphone und Tablet eine höhere Benutzerfreundlichkeit. Weitere Neuerungen im Rahmen der Umgestaltung der Website werden in diesem Heft kurz vorgestellt. Natürlich interessiert uns Ihre Meinung. Haben Sie Fragen oder Anregungen? Die Redaktion nimmt sie gern entgegen.

Der regelmäßig erscheinende Fachbeitrag „Daten zur Wirtschaftslage“ beleuchtet in dieser Ausgabe von **Staat und Wirtschaft in Hessen** die konjunkturelle Entwicklung Hessens in den Monaten April bis Juni 2016. In der hessischen Industrie blieben Beschäftigung, Umsätze und preisbereinigte Auftragseingänge hinter den Vorjahresquartalsergebnissen zurück. Positive Entwicklungen bei Umsatz und Auftragseingängen konnte das Bauhauptgewerbe vermelden. Auch der hessische Handel steigerte Umsatz und Beschäftigung. Insgesamt war der Arbeitsmarkt im Aufwind.

Deutschland und Hessen verzeichnen in den letzten Jahren aufgrund der Migration deutliche Bevölkerungszugewinne, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. In dem Gastbeitrag dieser Ausgabe untersucht Michael Hartmann, wie sich für Neuzuwanderer aus verschiedenen Herkunftsländern die Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit und der Grundsicherungsleistungsbezug entwickelt haben. Insbesondere werden die Unterschiede im Integrationsprozess von Migranten aus Asylherkunftsländern mit Arbeitsmigranten aus den Staaten der EU-Osterweiterung herausgearbeitet.

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Ihre

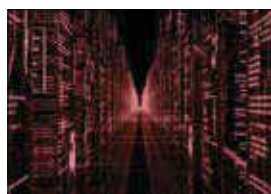
A handwritten signature in blue ink that reads "Christel Figgner".

Dr. Christel Figgner

Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

Ganz kurz

191



© Dreaming Andy - Fotolia.com

Allgemeines

193

Neuer Internetauftritt des Hessischen Statistischen Landesamts.

Von *Florian Fischer* |193



© archerix - Fotolia.com

Daten zur Wirtschaftslage

197

Die Entwicklung im zweiten Quartal 2016 |197



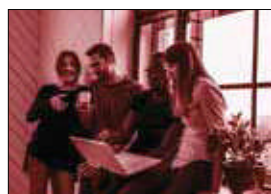
© artjazz - Fotolia.com

Hessen in Europa

208

Todesfälle aufgrund von Erkrankungen des Kreislaufsystems in der EU 28, den EFTA-Staaten und den Beitrittskandidaten 2013.

Von *Benedikt Kull* |208



© Fxquadro - Fotolia.com

Erwerbstätigkeit

211

Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt.

Von *Michael Hartmann* |211

Buchbesprechungen

224



© Andreas F. - Fotolia.com

Hessischer Umwelt-Monitor (4/16)

Anhang

Ganz kurz

Hessischer Tourismus: Gebremstes Wachstum, vorläufiges Jahresergebnis nach 8 Monaten aber weiterhin im Plus

Der Tourismus in Hessen setzte seinen Erfolgskurs nur noch verhalten fort. Von Januar bis August 2016 empfingen die hessischen Beherbergungsbetriebe mit 10 oder mehr Gästebetten (einschl. der Campingplätze) fast 9,6 Mill. Gäste. Die Zahl der Übernachtungen lag bei knapp 21,8 Mill. Nach vorläufigen Ergebnissen waren dies 1,0 % mehr Gäste und 1,1 % mehr Übernachtungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Knapp 7,1 Mill. Gäste stammten aus Deutschland und gut 2,5 Mill. aus dem Ausland. Das waren 0,8 % mehr Inlandsgäste und 1,6 % mehr Auslandsgäste als in den ersten 8 Monaten 2015. Die Zahl der Übernachtungen der inländischen Gäste war von Januar bis August 2016 mit rund 16,8 Mill. um 0,9 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei den Auslandsgästen erhöhte sich die Übernachtungszahl um 1,8 % auf fast 5,0 Mill. Im August 2016 sank die Zahl der Gästeankünfte gegenüber August 2015 um 0,1 % auf knapp 1,3 Mill. Die Zahl der Übernachtungen insgesamt nahm um 1,0 % auf knapp 3,1 Mill. ab. Die Übernachtungszahl ausländischer Gäste ging um 4,1 % zurück, die der deutschen Gäste blieb konstant.

BAföG für 61 500 Schüler und Studierende in Hessen

In Hessen erhielten im Jahr 2015 insgesamt 61 500 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger nahm im Vergleich zu 2014 um 2700 oder 4,2 % ab. Mit 47 800 waren mehr als drei Viertel von ihnen Studierende an einer hessischen Hochschule. Die weiteren 13 700 Geförderten besuchten eine allgemeinbildende oder berufliche Schule. Eine Vollförderung und damit den maximalen Förderbetrag erhielten 47 % der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger. Die Förderhöhe oder der Bedarfssatz ist abhängig von der Aus-



© whyframeshot - Fotolia.com

bildungsstätte und der Art der Unterbringung. Eine Teilförderung erhielten knapp 53 %, da Einkommen und Vermögen der Geförderten oder von deren Eltern bestimmte Grenzen überstiegen. Durchschnittlich erhielten eine geförderte Schülerin oder ein geförderter Schüler monatlich 411 Euro; bei Studierenden lag dieser Wert bei 454 Euro. Ein Drittel der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger wohnte bei den Eltern. 55 % der Geförderten waren weiblich. Im Jahr 2015 betrug die Ausgaben des Bundes, der ab 2015 die volle Finanzierung der BAföG-Leistungen übernahm, mehr als 216 Mill. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die gesamten Ausgaben für die BAföG-Leistungen um etwa 7,7 Mill. Euro zurück. Über 131 Mill. Euro wurden als Zuschuss und knapp 85 Mill. Euro als Darlehen gewährt.

Arbeitnehmerentgelte in den hessischen Regionen 2014: Frankfurt an der Spitze

Im Jahr 2014 erreichten die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber) in Hessen 128,6 Mrd. Euro. Sie wurden an 2,98 Mill. Arbeitnehmer gezahlt, sodass die durchschnittlichen Lohnkosten 43 200 Euro betragen. Das waren 3,8 % mehr als 2013. Diese Gesamtsteigerung resultierte aus einem Plus von 1,5 % bei der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einem Plus von 2,3 % bei den Pro-Kopf-Entgelten. Für die kreisfreien Städte wurde im Jahr 2014 mit 49 100 Euro



© Thomas Francois - Fotolia.com

je Arbeitnehmer ein höheres Einkommensniveau ermittelt als für die Landkreise mit 39 700 Euro. In Frankfurt am Main erhielten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit durchschnittlich 52 800 Euro das höchste Entgelt. Dieser Wert lag 22 % über dem Landesdurchschnitt. Wesentlicher Grund dafür ist die Wirtschaftsstruktur mit einem großen Anteil hochwertiger Dienstleistungen und vielen Unternehmenszentralen. Von den Arbeitnehmerentgelten insgesamt in Hessen entfielen allein 32,9 Mrd. Euro bzw. 26 % auf Frankfurt am Main. Vergleichsweise niedrige Entgelte wurden im Rheingau-Taunus-Kreis, im Odenwaldkreis und im Vogelsbergkreis erzielt. Der Werra-Meißner-Kreis hatte mit 34 400 Euro den geringsten Pro-Kopf-Wert und lag damit bei 80 % des Landesdurchschnitts. Die größten Zuwächse erzielten die Stadt Kassel mit 1591 Euro je Arbeitnehmer bzw. 4,0 % mehr gegenüber dem Vorjahr sowie der Main-Taunus-Kreis mit 1415 Euro je Arbeitnehmer bzw. 3,1 % mehr.

Verfügbares Einkommen im Hochtaunuskreis am höchsten

Im Jahr 2014 stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr. Mit insgesamt 131,1 Mrd. Euro lag der Wert gut 2,7 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert. Im Durchschnitt standen jeder Einwohnerin und jedem Einwohner in Hessen 21 600 Euro für Konsumzwecke oder zum Sparen zur Verfügung. Das waren 311 Euro oder 1,5 % mehr als im Jahr 2013. Mit 29 300 Euro je Einwohner wurde im Jahr 2014 für den Hochtaunuskreis das höchste verfügbare Einkommen unter den 26 hessischen Landkreisen und kreisfreien Städ-

ten ermittelt. Es folgten der Main-Taunus-Kreis mit 25 800 Euro, der Rheingau-Taunus-Kreis mit 23 700 Euro sowie Darmstadt-Dieburg mit 22 900 Euro. Schlusslichter mit weniger als 19 000 Euro waren die documenta-Stadt Kassel (18 600 Euro) und die Stadt Offenbach am Main (17 500 Euro). Damit beträgt die Spannweite zwischen dem Hochtaunuskreis und der Stadt Offenbach am Main 11 800 Euro je Einwohner. Den größten Zuwachs gegenüber 2013 erzielte der Vogelsbergkreis mit 624 Euro je Einwohner bzw. 3,1 %. Eine negative Entwicklung der Pro-Kopf-Werte hatten die kreisfreien Städte Offenbach am Main (- 256 Euro, - 1,4 %) und Frankfurt am Main (- 113 Euro je Einwohner, - 0,5 %). Das verfügbare Einkommen ist der Betrag, der den Einwohnerinnen und Einwohnern nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge und unter Berücksichtigung der empfangenen Einkommensübertragungen wie Renten, Pensionen, Kindergeld sowie weiterer Sozialleistungen zur Verfügung steht. Neben den Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden auch Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Kapitaleinkünfte berücksichtigt.

Mehr Getötete bei Straßenverkehrsunfällen im August 2016

Im August 2016 gab es auf hessischen Straßen 1926 Unfälle mit Personenschaden. Im Vergleich zum August 2015 waren dies 43 Unfälle mehr, was einem Anstieg von 2,3 % entsprach. Von den insgesamt 2546 Verunglückten starben 30, 462 Personen wurden schwer und 2054 Personen leicht verletzt. Nach vorläufigen Ergebnissen starben im August 2016 bei Straßenverkehrsunfällen 6 Personen mehr als im August 2015. Von Januar bis August 2016 gab es in Hessen 13 875 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Das waren 1,0 % weniger Unfälle als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der dabei Verunglückten ging um 219 bzw. 1,2 % auf 18 402 Personen zurück. In den ersten 8 Monaten des Jahres 2016 verloren 147 Personen ihr Leben im hessischen Straßenverkehr. Das waren 17 Getötete weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten sank im Vergleichszeitraum um 1,3 % auf 3178, die Zahl der Leichtverletzten ging um 1,0 % auf 15 077 Personen zurück.

Neuer Internetauftritt des Hessischen Statistischen Landesamts

Mit der neuen Internetseite des Hessischen Statistischen Landesamts (Statistik Hessen) hat die Welt der Zahlen in Hessen im Juli 2016 ein neues Gesicht bekommen. Statistik Hessen gliedert sich mit der neuen Webseite bzgl. Design und Aufbau in den Internetauftritt des Landes Hessen ein. Diese Plattform bietet für die Zukunft mehr Möglichkeiten, bei der Gestaltung und Fortentwicklung der Webseite „mit der Zeit zu gehen“. Die neue Webseite bietet einiges an Innovationen, die im folgenden Beitrag vorgestellt werden. **Von Florian Fischer**

Mit der Eingliederung in den Internetauftritt des Landes ändert sich auch die Web-Adresse: Die neue Web-Adresse lautet <https://statistik.hessen.de>. Bei Aufruf der „alten“ Homepage <http://www.statistik-hessen.de> wird man automatisch auf die neue Adresse weitergeleitet.

Startseite mit mehr optischem Spielraum

Auf der Startseite existieren viele Möglichkeiten, die Anordnung sowie den Hinweis auf Unterseiten flexibel und spielerisch einzubinden. Ziel ist es, damit optisch ansprechende Vorschau- und Themenbilder (Teaserbilder) zu erstellen. Eine



Neuer Internet-Auftritt → <https://statistik.hessen.de>



Alter Internet-Auftritt → <http://www.statistik-hessen.de>

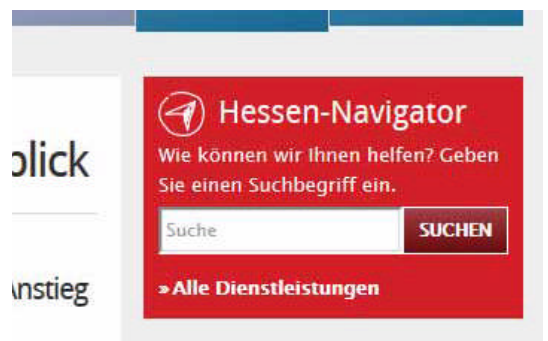
Anpassung der Startseite ist problemlos umzusetzen. Es ist somit möglich, nahezu alle Artikel, die auf der Homepage existieren, auf der Startseite mit einer kurzen Inhaltsvorschau anzuordnen.

Neuerungen

Als Neuerungen sind vor allem der direkte Download von Excel-Dateien zu nennen sowie die Möglichkeit, sich statistische Grafiken und Diagramme in Bildergalerien (Slideshows) anzusehen. Der Zugriff auf die Statistische Bibliothek der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird nun verstärkt als Archiv genutzt. Dort wird das Angebot an älteren Berichten schrittweise ausgebaut, um dem Archivcharakter gerechter zu werden. In der Statistischen Bibliothek stehen Publikationen auch länderübergreifend zur Verfügung.

Auf der Startseite findet sich ganz oben in der Mitte das zentrale Suchfeld. Hiermit können alle Inhalte gefunden werden, die auf der Webseite des Hessischen Statistischen Landesamts angeboten werden.

Das Suchfeld ruft jeweils die folgende dargestellte Seite zur Suche auf und steuert das Feld „Nur diesen Auftritt durchsuchen“ an. Die Suchergebnisse bilden somit den Inhalt von statistik.hessen.de ab.

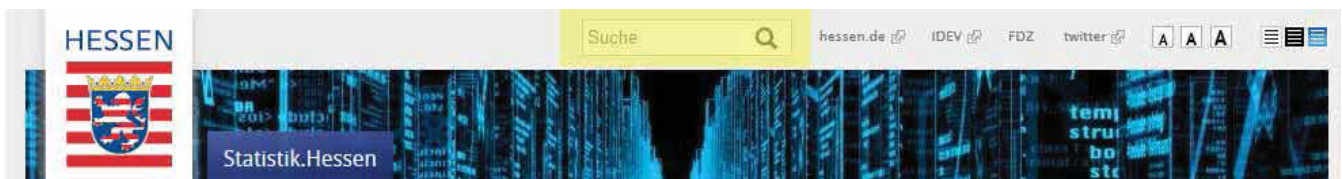


Nicht zu verwechseln ist dieses Suchfeld mit der Suche über den **Hessen-Navigator**. Dieser ermöglicht es, alle Seiten der hessischen Landesverwaltung zu durchsuchen.

Mit Klick auf „Alle Dienstleistungen“ öffnet sich der Hessen-Finder. Der Hessen-Finder ist ein umfassender Online-Katalog aller Dienstleistungen der Verwaltung in Hessen. Mit ihm haben Bürger und Unternehmen im Internet ein zentrales Portal, um Informationen zu Kommunen, Kammern und Landesbehörden zu bekommen.

Responsives Webdesign

Die neuen Internetseiten von Statistik Hessen nutzen die bereits weit verbreitete Technologie „Responsive Design“ (reagierendes Webdesign). Der Vorteil dieser Designart ist vor allem bei mobilen Endgeräten wie Smartphones oder Tablets zu spüren, die über ein weitaus kleineres Display verfügen, als normale Arbeitsplatzrechner mit



Suchfunktion intern





Bildschirmfoto der Startseite auf einem iPhone

größerem Monitor. Mit dynamischem grafischem Aufbau von Webseiten reagiert das responsive Webdesign auf die verschiedenen Displaygrößen der mobilen Devices.

Inhalts- und Navigationselemente sowie der strukturelle Aufbau einer Website passen sich der Bildschirmgröße des mobilen Endgeräts an. Das Layout einer Website wird flexibel gestaltet, sodass es auf dem Computer-Desktop, Tablet oder Smartphone eine gleichbleibende Benutzerfreundlichkeit (Lesbar- und Bedienbarkeit) bietet, und der Inhalt vollständig und schnell vom Besucher aufgenommen werden kann. Dies betrifft insbesondere die Anordnung und Darstellung einzelner Elemente, wie Navigationen, Seitenspalten und Texte, aber auch die Nutzung unterschiedlicher Eingabemethoden von Maus (klicken, überfahren) oder Touchscreen (tippen, wischen) und schließlich auch die Bandbreite der Internetverbindung. Ein weiterer Nutzen zeigt sich im besseren Ranking durch die Suchmaschine Google.



Tabellen als Download

Mit dem neuen Internetauftritt steht unseren Kunden neben einer Vorschau auf den Inhalt der zur Verfügung gestellten Tabellen auch direkt das Tabellenformat Excel (.xls) zum Download bereit. Somit steht es Besuchern frei, die Daten weiterzuverarbeiten und z. B. eigene Auswertungen oder Diagramme zu erstellen.

Der bewährte kostenfreie Download unserer Publikationen steht selbstverständlich weiterhin zur Verfügung.

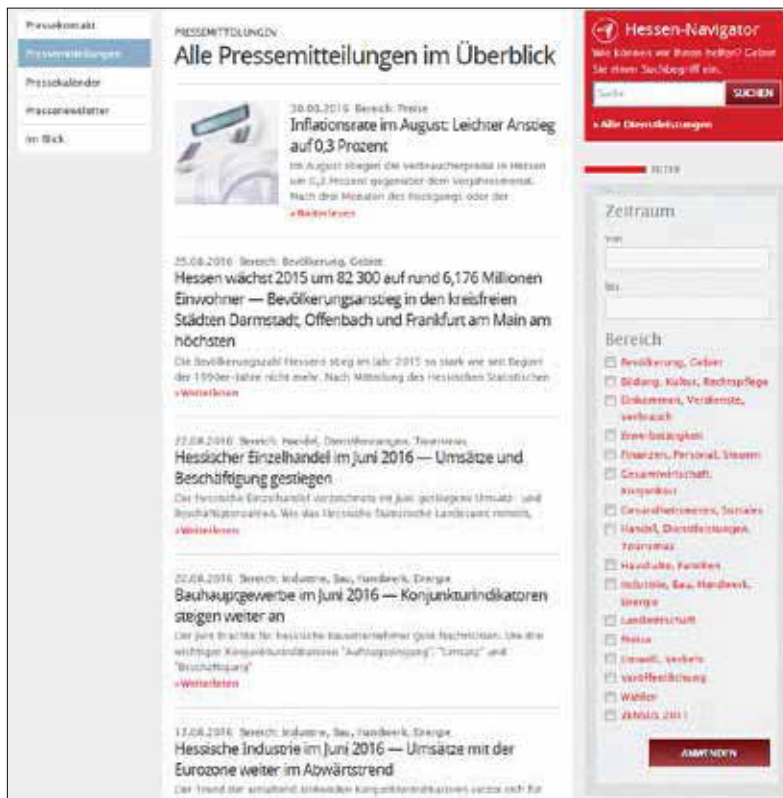
Nicht veröffentlichte Inhalte können über den Auskunftsdienst (Telefon: 0611 3802-802 / E-Mail: info@statistik.hessen.de) angefragt werden.



© adrian_ilie825 - Fotolia.com

Pressemitteilungen

Neben den beiden bereits genannten Suchfeldern bietet die Seite zu den Pressemitteilungen eine eigene Such- bzw. Filtermöglichkeit. Hier



Themenseite: Pressemitteilungen



Themenseite: Pressenewsletter

kann man eine Abgrenzung nach Themenbereichen und Zeiträumen vornehmen. Die Themengebiete entsprechen denen des abonnierbaren Pressenewslatters.

Technische Weiterentwicklungen

Der Motor für technologischen Umstieg wird meist von mehreren Gründen angetrieben. Im vorliegenden Fall spielte auch das einheitliche Auftreten des Landes Hessen eine wesentliche Rolle. Immer mehr Ministerien und weite Teile der hessischen Landesverwaltung schließen sich

dem Angebot der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) an. Somit bewegen sich Besucher dieser Internetauftritte mittlerweile in einem recht homogen gestalteten Online-Umfeld.

Statistik Hessen lädt seine Besucherinnen und Besucher dazu ein, sich auf seiner Webseite auf eine statistische Entdeckungsreise zu begeben. Über Anregungen und Kritik freuen sich unsere Webmaster.

Florian Fischer; Tel: 0611 3802-826;
E-Mail: webmaster@statistik.hessen.de

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung im zweiten Quartal 2016

Die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen zeigte im zweiten Quartal 2016 ein gemischtes Bild: Im Verarbeitenden Gewerbe blieben Beschäftigung, Umsätze und preisbereinigte Auftragseingänge hinter den Erwartungen aus dem Vorjahreszeitraum zurück. Das Bauhauptgewerbe konnte nach einem starken ersten Quartal bei Umsatz und Auftragseingängen weiter zulegen. Von April bis Juni 2016 konnte der Wohnbau bei der Anzahl der genehmigten Wohnungen und der Wohnfläche zulegen. Der Flächenbedarf im Nichtwohnbau stieg insbesondere bei Hotels und Gaststätten. Auch der hessische Einzelhandel steigerte Umsätze und Beschäftigung. An die Zuwächse aus dem letzten Quartal konnte der Kfz-Handel anknüpfen und im Großhandel wurde das reale Umsatzniveau aus dem Vorjahresvergleichszeitraum erstmals, nach 2 Quartalen mit rückläufiger Entwicklung, übertroffen. Insgesamt war der Arbeitsmarkt im Aufwärtstrend: Die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Erwerbstätigkeit stieg um 1,1 % gegenüber dem Vorjahresvergleichsquarter. Die Inflationsrate lag um 0,1 % nur leicht unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Ursache dafür sind vor allem die im Jahresvergleich deutlich gesunkenen Energiepreise, die die Preissteigerungen bei Mieten überkompensierten.

Verarbeitendes Gewerbe im zweiten Quartal 2016 mit negativen Kennzahlen

Im zweiten Quartal 2016 erreichten die Beschäftigung (-0,2 %), die Umsätze (-2,6 %) und auch die preisbereinigten Auftragseingänge (-6,4 %) nicht das Niveau des zweiten Quartals 2015. Zur negativen Umsatzlage trugen vor allem die Umsätze mit dem Ausland bei. Die rückläufigen Auslandsumsätze wurden vor allem von den Ländern der Eurozone geprägt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal fielen die Umsätze mit diesen Ländern um 12,8 %, während sie mit Ländern außerhalb der Eurozone um 5,3 % stiegen. Für die Auslandsumsätze insgesamt bedeutete dies ein Minus von 3,5 %. Die Inlandsumsätze büßten 1,7 % ein. Zukünftig wird sich diese Entwicklung wohl fortsetzen, denn auch die preisbereinigten Auftragseingänge aus dem Ausland (-9,6 %) und Inland (-1,4 %) fielen. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Binnenmarktes und der ausländischen Märkte spiegelt sich auch in den Branchenergebnissen der hessischen Industrie bezüglich der preisbereinigten Auftragseingänge wider. Im Einzelnen bedeutete dies für die Chemische Industrie einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresquartal von 1,8 %, der sich aus einem Plus von 9,1 % aus dem Ausland und einem Minus von 13,2 % aus

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie ¹⁾					
Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	103,1 r	94,3 r	94,7 r	97,0	96,5
Inland	94,3 r	92,7 r	91,8 r	88,4	93,0
Ausland	111,6 r	97,2 r	98,5 r	105,3	100,9
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	6,5 r	-3,0 r	-7,7 r	-5,9	-6,4
Inland	2,6 r	5,3 r	3,8 r	-6,3	-1,4
Ausland	9,2 r	-8,2 r	-14,5 r	-5,6	-9,6
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. – 2) 2010 = 100.					

dem Inland zusammensetzte. Die Pharmaindustrie verzeichnete insgesamt ein Minus in Höhe von 35,7 %, das allerdings zu einem Großteil auf das Auslaufen von Patentrechten zurückzuführen war. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sanken um 43,1 % und die aus dem Inland um 2,4 %. Bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen sanken die Auftragseingänge um 3,0 % (Inland: +0,6 %; Ausland: -5,7 %) und im Maschinenbau fielen sie um 0,8 % (Inland: -1,8 %; Ausland: +/- 0 %). Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen stiegen die Auftragseingänge um 1,5 % (Inland: +4,9 %;



© christian42 - Fotolia.com

Ausland - 1,1 %) genauso wie bei den Herstellern von Metallernzeugnissen; hier stiegen die Neubestellungen insgesamt um 2,4 % (Inland: + 4,5 %; Ausland: - 1,8 %).

Verarbeitendes Gewerbe setzt insgesamt mehr als 26,1 Mrd. Euro um

In den Monaten April bis Juni 2016 fakturierte das hessische Verarbeitende Gewerbe mehr als 26,1 Mrd. Euro und verfehlte damit das Niveau aus dem Vorjahresvergleichsquarter um 2,6 %. Rückläufige Umsätze fanden sich dabei in 3 der 7 großen Branchen wieder. Mit einem Volumen von mehr als 2,8 Mrd. Euro sanken die Umsätze bei den Herstellern pharmazeutischer Erzeugnisse um 18,5 %. In der Chemischen Industrie fielen die Umsätze um 12,6 % auf gut 3,4 Mrd. Euro und bei den Herstellern von Metallernzeugnissen fielen sie um 2,7 % auf 1,4 Mrd. Euro. Gestiegene Umsätze fanden sich bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, und zwar um 2,9 % auf gut 4,4 Mrd. Euro. Auch die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen konnten ihre Umsatzzahlen auf knapp 1,2 Mrd. Euro steigern (+ 8,3 %). Für den Maschinenbau brachte das zweite Quartal einen Umsatzzuwachs von 3,4 % auf 2,5 Mrd. Euro.

Leicht negatives Beschäftigungsniveau

Das Niveau der Beschäftigung blieb im zweiten Quartal 2016 etwas unter dem Niveau des Vorjahresquarters (- 0,2 %). Von April bis Juni beschäftigte die hessische Industrie im Durchschnitt rund 360 000 Personen. Die Entwicklung in den einzelnen großen Branchen war sehr un-

terschiedlich. So fiel beispielsweise die Beschäftigung bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen um 3,5 % auf gut 22 100 Personen. Um 4,0 % sank die Belegschaft bei den Herstellern chemischer Erzeugnisse auf knapp 36 000 Personen und auch die Hersteller von Metallernzeugnissen senkten die Beschäftigung um 2,2 % auf gut 28 000 Personen. Konstant verhielten sich die Beschäftigtenzahlen bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren, die im Durchschnitt gut 32 200 Personen beschäftigten. Expansiv ausgelegt war hingegen die Personalpolitik bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 2,6 % auf gut 52 000 Personen), der Pharmaindustrie (+ 1,3 % auf knapp 21 100 Personen) und im Maschinenbau (+ 0,4 % auf knapp 39 400 Personen).

Bauhauptgewerbe weiter auf dem Höhenflug

Das zweite Quartal 2016 zeichnete – verglichen mit dem zweiten Quartal 2015 – ein positives Bild. Sowohl der Auftragseingang als auch die baugewerblichen Umsätze sowie die Beschäftigung konnten Steigerungen verzeichnen.

Die Auftragseingänge zeigen die Tendenz, wie sich die Konjunktur in den kommenden Monaten entwickeln wird. Die Auftragseingänge übertrafen das Vorjahresvergleichsquarter um 34,1 %. Dieses Plus resultierte aus den stark gestiegenen Auftragseingängen im Hochbau (+ 43,3 %). Vor allem die Bereiche „Wohnungsbau“ (+ 64,2 %) und „Gewerblicher und industrieller Bau“ (+ 41,5 %) trugen zu diesem Anstieg bei. Der öffentliche und Verkehrsbau verzeichnete 12,4 % weniger Auftragseingänge. Die Auftragseingänge im Tiefbau (+ 26,1 %) resultierten vor allem aus dem stark wachsenden Teilbereich „Öffentlicher und Verkehrsbau“. Dieser lag 57,8 % über dem Vorjahresniveau. Der Straßenbau und der gewerbliche und industrielle Bau entwickelten sich ebenfalls positiv (+ 21,9 bzw. + 15,8 %). Von April bis Juni belief sich der baugewerbliche Umsatz auf mehr als 1,01 Mrd. Euro. Gegenüber dem zweiten Quartal 2015 stieg der Umsatz um 8,9 %. Der Wohnungsbau übertraf das Vorjahresquarter mit einem baugewerblichen Umsatz von knapp 226,5 Mill. Euro um 13,0 %. Im gewerblichen und industriellen Bau stiegen die Umsät-

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2010 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eingangs ⁴⁾ 2010 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2010 = 100	Verbraucherpreisindex ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁹⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2013 D	98,3	94,5	102,9	356 310	133,4	25 781	102,8	105,3	185 607	6,6	34 164	7 643
2014 D	99,1	90,5	107,4	360 297	128,8	25 235	104,1	106,1	184 378	6,5	35 734	5 643
2015 D	98,8	93,3	104,7	361 736	125,5	24 616	106,2	106,3	177 944	...	42 549	5 614
2015 Juni	106,7	98,6	114,7	360 816	143,4	24 575	105,3	106,5	174 263	6,0	42 731	2 329
2. Vj. D	103,1	94,3	111,6	360 566	129,5	24 578	105,6	106,5
Juli	101,9	99,6	105,4	360 922	132,9	24 719	109,4	106,7	177 929	6,1	44 030	2 368
August	81,0	85,4	79,1	362 793	124,8	25 015	99,4	106,7	181 106	6,2	45 424	1 700
September	100,1	93,2	107,1	364 498	159,3	24 988	104,5	106,4	174 559	6,0	45 216	4 901
3. Vj. D	94,3	92,7	97,2	362 738	139,0	24 907	104,5	106,6
Oktober	98,0	93,5	103,0	363 847	115,0	24 859	111,4	106,4	170 664	5,9	45 882	3 360
November	98,9	97,5	101,7	363 622	121,8	24 608	107,4	106,4	167 209	5,7	45 965	5 987
Dezember	87,3	84,4	90,9	361 638	127,0	24 199	125,7	106,3	168 165	5,8	44 186	7 000
4. Vj. D	94,7	91,8	98,5	363 036	121,3	24 555	114,8	106,4
2016 Januar	98,1	84,8	109,9	359 718	94,2	25 415	97,6	105,3	182 460	6,3	43 713	10 682
Februar	96,1	90,2	102,3	360 240	137,7	25 617	98,8	105,8	182 811	6,3	45 366	10 747
März	96,9	90,3	103,6	359 930	169,3	25 750	108,6	106,6	179 393	6,2	47 315	...
1. Vj. D	97,0	88,4	105,3	359 963	133,7	25 594	101,7	105,9
April	95,9	93,0	99,8	359 684	146,4	26 113	110,3	106,2	176 006	6,0	47 929	...
Mai	89,4	86,4	93,3	359 450	182,1	26 625	107,7	106,6	171 125	5,8	48 699	...
Juni	104,3	99,5	109,7	360 333	192,2	26 970	108,7	106,5	168 571	5,7	49 999	...
2. Vj. D	96,5	93,0	100,9	359 822	173,6	26 569	108,9	106,4
Juli	93,7	86,1	101,0	361 885	174,1	27 252	107,9	106,9	172 954	5,9	50 898	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2013 D	2,0	- 3,3	6,0	0,2	- 0,0	1,0	- 1,2	1,3	4,1	.	- 9,0	12,2
2014 D	0,8	- 4,2	4,4	1,1	- 3,5	- 2,1	1,3	0,8	- 0,7	.	4,6	- 26,2
2015 D	- 0,3	3,1	- 2,5	0,4	- 2,6	- 2,5	2,0	0,2	- 3,5	.	19,1	- 0,5
2015 Juni	7,9	5,6	9,4	0,5	25,7	- 2,5	4,5	0,3	- 4,3	.	20,6	- 40,8
2. Vj.	6,5	2,6	9,2	0,6	2,3	- 2,1	1,2	0,5
Juli	- 2,1	5,4	- 6,9	0,0	- 20,4	- 0,5	3,8	0,4	- 4,5	.	21,3	- 29,5
August	- 5,4	8,5	- 14,2	0,1	3,2	- 0,7	0,3	0,4	- 4,7	.	19,9	- 35,0
September	- 1,9	2,8	- 4,6	0,1	22,1	- 0,8	1,1	0,0	- 4,4	.	16,3	60,7
3. Vj.	- 3,0	5,3	- 8,2	0,0	- 0,3	- 0,7	1,9	0,3
Oktober	- 2,7	0,9	- 5,2	0,0	- 13,7	- 5,3	3,1	0,2	- 3,5	.	19,2	0,1
November	- 7,7	8,8	- 16,8	0,1	14,5	- 5,2	0,1	0,3	- 4,0	.	20,2	48,2
Dezember	- 12,7	1,8	- 20,8	0,1	- 13,9	- 4,0	3,5	0,3	- 3,5	.	21,4	- 5,8
4. Vj.	- 7,7	3,8	- 14,5	0,1	- 6,0	- 4,8	2,3	0,3
2016 Januar	- 2,6	- 7,0	0,3	- 0,1	- 18,6	3,7	- 1,0	0,3	- 3,8	.	22,2	- 6,4
Februar	- 2,4	- 1,5	- 2,9	0,0	53,4	5,2	6,1	- 0,3	- 3,1	.	17,3	- 8,2
März	- 11,9	- 9,9	- 13,2	- 0,4	29,1	5,5	0,8	0,1	- 2,6	.	15,4	...
1. Vj.	- 5,9	- 6,3	- 5,6	- 0,2	19,2	4,8	1,9	0,0
April	- 9,4	- 1,5	- 14,3	- 0,3	25,3	6,5	3,3	- 0,3	- 3,1	.	18,4	...
Mai	- 7,6	- 4,0	- 10,0	- 0,2	42,1	8,1	3,0	0,0	- 3,5	.	18,1	...
Juni	- 2,2	0,9	- 4,4	- 0,1	34,0	9,7	3,2	0,0	- 3,3	.	17,0	...
2. Vj.	- 6,4	- 1,4	- 9,6	- 0,2	34,1	8,1	3,1	- 0,1
Juli	- 8,0	- 13,6	- 4,2	0,3	31,0	10,2	- 1,4	0,2	- 2,8	.	15,6	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2015 Juni	10,2	9,6	10,6	0,2	11,9	- 0,3	0,7	- 0,1	- 1,7	.	3,7	- 26,7
2. Vj.	0,0	0,0	0,1	- 0,0	15,4	0,6	5,8	0,6
Juli	- 4,5	1,0	- 8,1	0,0	- 7,4	0,6	3,9	0,2	2,1	.	3,0	1,7
August	- 20,5	- 14,3	- 25,0	0,5	- 6,1	1,2	- 9,1	0,0	1,8	.	3,2	- 28,2
September	23,6	9,1	35,4	0,5	27,7	- 0,1	5,1	- 0,3	- 3,6	.	- 0,5	188,3
3. Vj.	- 8,5	- 1,7	- 12,9	0,6	7,3	1,3	- 1,0	0,1
Oktober	- 2,1	0,3	- 3,8	- 0,2	- 27,8	- 0,5	6,6	0,0	- 2,3	.	1,5	- 31,4
November	0,9	4,3	- 1,3	- 0,1	5,9	- 1,0	- 3,6	0,0	- 2,0	.	0,2	78,2
Dezember	- 11,7	- 13,4	- 10,6	- 0,5	4,2	- 1,7	17,0	- 0,1	0,6	.	- 3,9	16,9
4. Vj.	0,4	- 1,0	1,3	0,1	- 12,7	- 1,4	9,9	- 0,2
2016 Januar	12,4	0,5	20,9	- 0,5	- 25,8	5,0	- 22,4	- 0,9	8,5	.	- 1,1	...
Februar	- 2,0	6,4	- 6,9	0,1	46,2	0,8	1,2	0,5	0,2	.	3,8	...
März	0,8	0,1	1,3	- 0,1	23,0	5,5	9,9	0,8	- 1,9	.	4,3	...
1. Vj.	2,4	- 3,7	6,9	- 0,8	10,3	4,2	- 11,4	- 0,5
April	- 1,0	3,0	- 3,7	- 0,1	- 13,5	1,4	1,6	- 0,4	- 1,9	.	1,3	...
Mai	- 6,8	- 7,1	- 6,5	- 0,1	24,4	2,0	- 2,4	0,4	- 2,8	.	1,6	...
Juni	16,7	15,2	17,6	0,2	5,6	1,3	0,9	- 0,1	- 1,5	.	1,0	...
2. Vj.	- 0,5	5,2	- 4,2	- 0,0	29,8	3,8	7,1	0,5
Juli	- 10,2	- 13,5	- 7,9	0,4	- 9,4	1,0	- 0,7	0,4	2,6	.	1,8	...

1) Einsch. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. – 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. – 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. – 4) Wertindex. – 5) Ohne Mehrwertsteuer. – 6) Alle privaten Haushalte. – 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte). Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. – 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	932 137	1 000 624	873 179	962 807	1 249 743
Umsatz (1000 Euro)	929 435	1 047 107	1 121 004	706 111	1 011 733
Beschäftigte	24 578	24 907	24 555	25 594	26 569
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	2,3	- 0,3	- 6,0	19,2	34,1
Umsatz	- 6,8	- 8,3	- 3,6	4,5	8,9
Beschäftigte	- 2,2	- 0,7	- 4,8	4,8	8,1

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.

ze um 8,0 % auf gut 418 Mill. Euro. Mit knapp 367 Mill. Euro Umsatz konnte der öffentliche und Verkehrsbau das Ergebnis aus dem Vorjahresquartal um 7,3 % übertreffen. Analog zu Auftragseingängen und Umsätzen verhielt sich die Beschäftigung. Mit durchschnittlich 26 600 Personen stieg der Personalstamm gegenüber April bis Juni 2016 um 8,1 %.

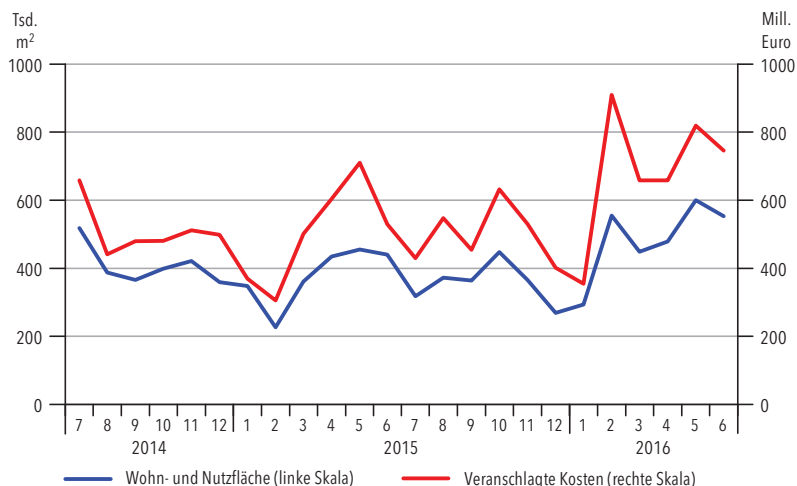
Hochbau mit durchweg positiver Entwicklung

Der Hochbau zeigte im zweiten Quartal 2016 eine durchgängig positive Entwicklung. Der Umfang der genehmigten Hochbauvorhaben stieg im zweiten Vierteljahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum stark an.

Die genehmigte Wohn- und Nutzfläche nahm um 22,8 % auf 1 632 000 m² zu. Die dafür veranschlagten Baukosten summierten sich auf 2222 Mill. Euro. Das waren 379 Mill. Euro bzw.

20,6 % mehr als im zweiten Quartal 2015. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum beruht in erster Linie auf dem Engagement der Unternehmen und der privaten Haushalte im Wohnbau. Im Wohnbau nahm die genehmigte Fläche um 20,2 % zu. Dabei steigerten die Unternehmen (+ 21,1 %) den Umfang ihrer Vorhaben stärker als die privaten Haushalte (+ 15,0 %). Die veranschlagten Kosten lagen um 18,6 % über dem Wert des Vorjahresquartals. Sie stiegen bei den Unternehmen um 17,3 % und bei den privaten Haushalten um 15,3 %. Die Investitionssumme lag bei den privaten Haushalten 5,6 % über der gewerblichen. Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 337 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg um 67 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 462. In Wohnheimen sollen 525 Wohnungen entstehen. Damit sind 6543 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das sind 25 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 1239 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 118 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 7900 neuen Wohnungen wurden gut 28 % mehr genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 102 m² (ohne die Wohnungen in Nichtwohngebäuden). Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung nahmen um 8,0 % und die Kosten je m² Wohnfläche um 3,7 % ab. Der Flächenbedarf im Nichtwohnbau stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 26,7 % auf 672 000 m². Die dafür veranschlagten Kosten stiegen um 23,2 % auf 968 Mill. Euro. Zunahmen an genehmigten Flächen waren vor allem bei Hotels und Gaststätten (+ 102,5 %) festzustellen. Dagegen ging der Bedarf an Büro- und Verwaltungsgebäuden (- 5,0 %) leicht zurück. Die genehmigten Flächen der Unternehmen stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 25,6 %, die der öffentlichen Bauherren um 39,6 % und diejenigen der privaten Haushalte wiesen ein Plus von 90,6 % auf. Trotz eines deutlich höheren Flächenbedarfs im Wohnbau sank im Nichtwohnbau der Gesamtflächenbedarf der Organisationen ohne Erwerbszweck um 4,7 %.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau¹⁾



1) Alle Baumaßnahmen.

Einzelhandel weiterhin mit Umsatzplus

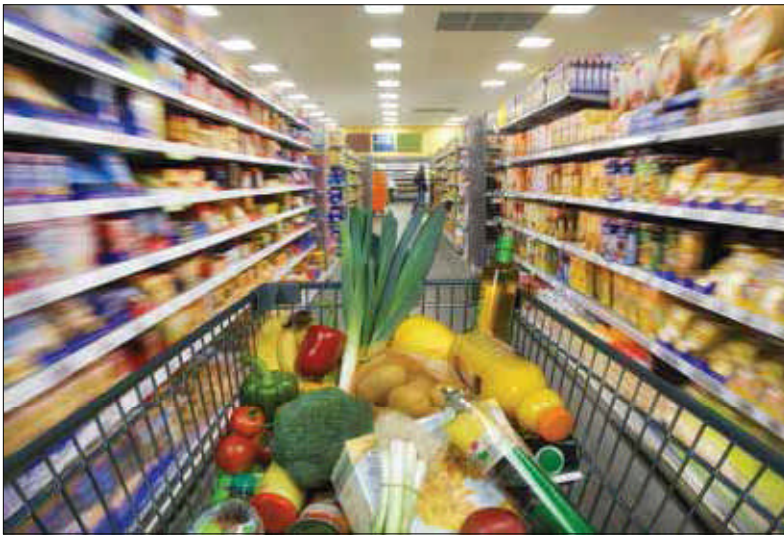
Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder höher befragt. In Hessen sind das momentan rund 1900 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel. Wie schon im ersten Quartal 2016 verzeichnete der hessische Einzelhandel im zweiten Quartal steigende Umsatzzahlen; gegenüber dem Vergleichsquartal 2015 gab es ein reales Wachstum von 3,1 %. Für einige ausgewählte Branchen verliefen die Monate April bis Juni sehr unterschiedlich. Beide Sparten des Einzelhandels, der Einzelhandel mit Lebensmitteln und der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln, verbuchten ein Plus (real + 1,9 bzw. + 4,1 %). Untergliedert in die verschiedenen Vertriebswege wiesen die Verkaufsstände und Märkte ein preisbereinigtes Minus von 7,5 % auf, während der Versand- und Internethandel ein Plus von 14,6 % verzeichnen konnte. Den Umsätzen folgend, stieg auch die Beschäftigtenzahl. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 erhöhte sich der Personalstamm insgesamt um 1,1 %. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten wie auch die der Teilzeitbeschäftigten erhöhten sich ebenfalls um jeweils 1,1 %.

Starkes erstes Quartal für den Handel mit Kraftwagen

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik befragt alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 240 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Oberfinanzdirektion übernommen. Die Entwicklung des Handels mit Kraftwagen verlief weiterhin positiv. Stetig gestiegene Umsätze führten auch zu Zuwächsen bei der Beschäftigung. Die Umsatzzuwächse aus den letzten Quartalen setzten sich fort und beliefen sich von April bis Juni real auf 11,2 %. Die Schwesterbranche des

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen					
Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	105,6	104,5	114,8	101,7	108,9
Kfz-Handel ²⁾	149,9	139,2	150,4	152,1	166,8
Großhandel	104,3	107,2	113,8	100,0	104,2
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	99,7	99,5	109,2	97,2	102,8
Kfz-Handel ²⁾	145,1	134,5	145,3	146,3	159,9
Großhandel	100,2	103,6	110,9	97,6	101,6
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	104,3	105,0	106,1	105,0	105,4
Kfz-Handel ²⁾	118,9	120,0	121,8	120,5	121,1
Großhandel	107,0	107,4	107,8	107,5	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	104,7	105,3	106,4	104,7	105,8
Kfz-Handel ²⁾	128,2	129,3	129,8	128,4	130,5
Großhandel	110,2	110,8	110,9	110,6	110,8
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	1,2	1,9	2,3	1,9	3,1
Kfz-Handel ²⁾	23,9	19,9	22,0	11,0	11,3
Großhandel	3,8	1,6	-0,7	-7,5	-0,1
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	1,0	2,1	2,0	1,9	3,1
Kfz-Handel ²⁾	22,6	19,0	21,0	10,1	10,2
Großhandel	2,6	1,3	-0,9	-7,2	1,4
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,4	1,3	0,9	1,4	1,1
Kfz-Handel ²⁾	11,0	11,4	11,9	1,8	1,9
Großhandel	-	-0,3	0,2	0,5	0,7
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,3	1,0	1,4	1,4	1,1
Kfz-Handel ²⁾	4,7	5,8	6,0	2,2	1,8
Großhandel	-0,5	-0,8	-0,4	0,3	0,5
1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3) In Preisen des Jahres 2010.					

Kfz-Handels, die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen erzielte ein reales Umsatzwachstum von 10,2 %. Für die Beschäftigung brachte das zweite Quartal 2016 für den Kfz-Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen) ebenfalls Zuwächse. Sie stieg gegenüber dem Vorjahresquartal insgesamt um 1,9 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,8 %



© Eisenhans - Fotolia.com

und die der Teilzeitbeschäftigten ebenfalls um 1,8 % zunahm.

Großhandelsumsatz wieder mit Umsatzplus

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Oberfinanzdirektion entnommen. Von April bis Juni 2016 wurde das reale Umsatzniveau gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um 1,4 % übertroffen. Den stärksten Anstieg verzeichnete der Bereich „Handelsvermittlung“; er stieg real um 10,6 %. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren registrierte den größten Umsatzrückgang und brach um 10,7 % ein. Die Beschäftigung stieg ebenfalls. Sie lag im zweiten Quartal um 0,7 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg um 0,8 %, die der Teilzeitbeschäftigten um 0,5 %.

Lage an Arbeitsmarkt weiterhin günstig

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich im zweiten Quartal verlangsamt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, nahm das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2016 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im ersten Quartal

lag die Zunahme noch bei 0,7 %. Ursachen für das schwächere Wachstum ist die im Vergleich zum Eröffnungsquartal rückläufige Dynamik bei Investitionen und dem privatem Verbrauch. Der Ausgang des Referendums in Großbritannien hatte noch keinen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft.

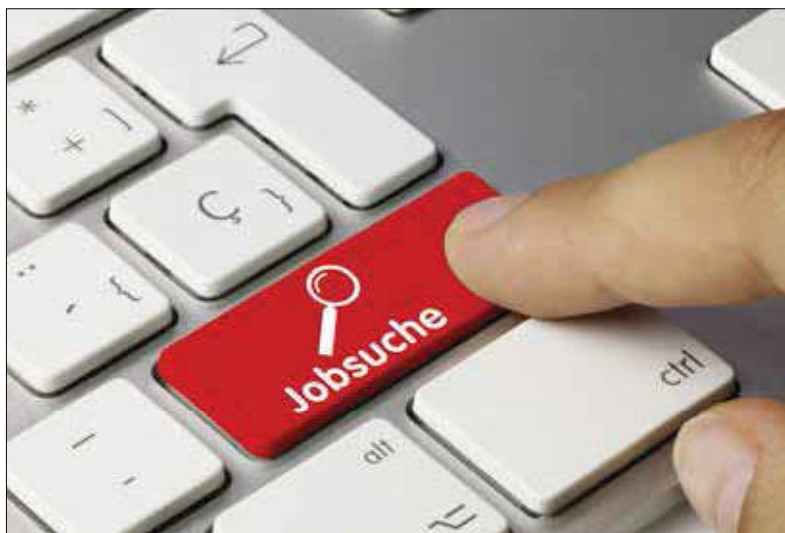
Die Aufwärtstendenz am Arbeitsmarkt setzte sich im zweiten Quartal in Deutschland und in Hessen fort. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind weiter gewachsen. Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften, stieg zum Ende des zweiten Quartals auf 216 Punkte in Deutschland, 25 Punkte mehr als im Vergleich zum Vorjahr. In Hessen erreichte dieser Stellenindex im Juni mit 211 Punkten seinen bislang höchsten Wert seit der ersten Ermittlung im Jahr 2005. Sowohl die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch die Fluchtmigration machen sich auf dem Arbeitsmarkt langsam bemerkbar.

In Hessen waren im ersten Quartal 2016 nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) rund 3,35 Mill. Personen erwerbstätig. Dies waren 36 390 oder 1,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Seit dem zweiten Quartal 2010 nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in jedem darauffolgenden (ersten) Quartal zu und erreichte im Betrachtungszeitraum erneut einen Höchststand. Bundesweit betrug der Anstieg der Erwerbstätigenzahl 1,3 %. Zum Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2016 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum trug insbesondere der Dienstleistungsbereich mit einem Zuwachs von 38 700 neuen Stellen oder 1,5 % bei. Im Baugewerbe konnte ein Zuwachs von 3100 Stellen oder 1,9 % verzeichnet werden. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging die Beschäftigung um 4500 oder 0,8 % zurück. Der Arbeitsplatzaufbau im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal ging hauptsächlich auf den Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Nach ersten Ergebnissen der Bundesagentur für Arbeit setzte sich der seit

dem Jahresbeginn 2015 beobachtbare Rückgang der ausschließlich geringfügig Beschäftigten auch im Jahr 2016 fort. Nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 scheinen Arbeitsplatzverluste in größerem Umfang ausgeblieben zu sein. Vielmehr deuten sich, anhand der oben beschriebenen gegenläufigen Entwicklungen von sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung, strukturelle Veränderungen an¹⁾.

Im Juni 2016 waren in Hessen 168 600 Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 5700 Personen oder 3,3 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Es wurden 49 000 Personen (29 %) im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 119 600 Personen (71 %) im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Getrennt nach Rechtskreisen lag der Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im SGB III bei 7,6 %, im SGB II bei 1,3 %. 38,3 % der arbeitslos gemeldeten Personen waren langzeitarbeitslos, d. h. am jeweiligen Stichtag 1 Jahr und länger arbeitslos. Deutschlandweit sank die Zahl der Arbeitslosen im Juni 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,6 %. In Westdeutschland lag der Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei 2,1 %, in Ostdeutschland bei 7,5 %. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Juni 2016 für Hessen auf 5,1 %, für Deutschland wurde eine Quote von 5,9 % nachgewiesen. Differenziert nach Landesteilen ergab sich für Westdeutschland eine Quote von 5,4 %, für Ostdeutschland von 8,2 %. Hessen reihte sich mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 % hinter den Ländern Bayern mit 3,2 %, BadenWürttemberg mit 3,7 % und Rheinland-Pfalz mit 4,9 % an vierter Stelle ein. Für die Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen belief sich die Quote im Juni 2016 in Hessen auf 4,6 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war die Quote somit unverändert. Im Gegensatz dazu ging die Quote der 50- bis unter 65-Jährigen von 5,5 auf 5,2 % zurück²⁾.

Die Zuwanderung nach Deutschland hat in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen zugenommen. Hauptgründe sind Zuwanderungen infolge der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die



© momius - Fotolia.com

EU-Schuldenkrise und aktuell die Fluchtmigration. Im Rahmen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit können Asylbewerber und Flüchtlinge „...nicht direkt erkannt werden. Es können aber hilfsweise Auswertungen nach der Staatsangehörigkeit vorgenommen werden.“ Hier kann bei Betrachtung der Veränderungen näherungsweise auf geflüchtete Personen geschlossen werden. Die Bundesagentur für Arbeit fasst in der Gruppe „Asylherkunftsländer“ die Länder mit den meisten Asylanträgen in den letzten Jahren zusammen. Dies sind Staatsangehörige der Länder Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. In Hessen nahm im Juni 2016 im Vergleich zum Vorjahresmonat die Zahl der als arbeitssuchend gemeldeten Personen mit einer der o. g. Staatsangehörigkeiten um 8800 auf 25 400 Personen zu. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen dieser Gruppe nahm um 3600 auf 12 600 Personen zu. Die Zunahme dieser Größen bedeutet nicht, dass die Zuwanderung wieder angestiegen ist. Vielmehr erreichen schon vor Monaten eingereiste Schutzsuchende nach Bearbeitung ihrer Anträge und dem Absolvieren von Sprachkursen den Arbeitsmarkt. Insgesamt nahm in Hessen die Zahl der Arbeitslosen im Juni im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5700 Personen ab³⁾.

1) Siehe u. a. Auswirkungen des Mindestlohns im Jahr 2015 in: Aktuelle Berichte 1/2016, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg 2016.

2) Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Nürnberg, Datenstand: Juni 2016 und Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung/Juni 2016.

3) Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Hannover, September 2016.



© JENS - Fotolia.com

Für internationale Vergleiche wird die Erwerbslosenquote des Statistischen Amtes der Europäischen Union, Eurostat, herangezogen⁴⁾. Die harmonisierte und saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Juni 2016 im Euroraum (EU 19) bei 10,1 %, in der Europäischen Union (EU 28) bei 8,6 %. Insgesamt waren nach Schätzung von Eurostat in der EU 28 insgesamt 20,986 Mill. Personen erwerbslos, davon 16,269 Mill. im Euroraum. Der seit 2013 beobachtbare Rückgang der Erwerbslosenquoten für die EU 28 setzte sich auch am aktuellen Rand fort. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Malta (4,0 %), die Tschechische Republik (4,1 %) und Deutschland (4,2 %) die geringsten Erwerbslosenquoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (23,3 % im April 2016) und Spanien (19,9 %). Ergebnisse nach dem ILO-Konzept für Hessen liegen für das Jahr 2015 vor. Der entsprechende Wert für Hessen lag bei 4,0 %, der vergleichbare Wert für Deutschland bei 4,6 %. Im Juni 2016 waren in der EU 28 4,194 Mill. Personen im Alter von unter 25 Jahren erwerbslos, davon 2,915 Mill. im Euroraum. Gegenüber Juni 2015 fiel deren Zahl in der EU 28 um 492 000 und im Euroraum um 248 000. Im Juni 2016 lag die Jugenderwerbslosenquote in der EU 28 bei 18,5 % und im Euroraum bei 20,8 %, gegenüber 20,6 bzw. 22,5 % im Juni 2015. Die niedrigsten Quoten im Juni 2016 verzeichneten Malta (6,9 %) und Deutschland (7,2 %). Die höchsten Quoten re-

4) Mit „Erwerbslosigkeit“ werden im Folgenden die europaweit und international vergleichbaren Daten nach dem ILO-Konzept beschrieben. Demgegenüber werden die von der Bundesagentur für Arbeit erhobenen und auf dem Sozialgesetzbuch basierenden Daten unter dem Begriff „Arbeitslosigkeit“ geführt. Für tieferegehende Informationen vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Erwerbslosigkeit-Nav.html>.

5) Vgl. Eurostat Pressemitteilungen 83/2016 vom 28.4.2016 und 150/2016 vom 29.7.2016.

6) Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Gemeldete Arbeitsstellen, Nürnberg, Juni 2016.

7) Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Nürnberg, Juni 2016.

gistrierten Griechenland (47,4 % im April 2016) und Spanien (45,8 %). Die Jugenderwerbslosenquote drückt die Zahl der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen als Anteil an den Erwerbspersonen der gleichen Altersklasse aus. Folglich zeigt die Jugenderwerbslosenquote nicht den Anteil der erwerbslosen Personen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren, da nicht jeder Jugendliche am Arbeitsmarkt teilnimmt⁵⁾.

Der Bestand an gemeldeten Stellen ergänzt die klassische Arbeitsmarktbeobachtung, die oft auf Beschäftigtenzahlen und Arbeitslosenquoten beruht. Insbesondere die Veränderung der gemeldeten Stellen und deren Charakteristika geben Einblick in die Einstellungsbereitschaft und runden die Arbeitsmarktbeobachtung ab. Im Juni 2016 lag der Bestand der den Agenturen für Arbeit oder den Trägern für Grundsicherung in Hessen gemeldeten Stellen bei 50 000 Arbeitsstellen. Dies entsprach einer Zunahme im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7300 Stellen oder 17 %. Saisonbereinigt nahm die Zahl um 300 Stellen zu. Auch die erste Jahreshälfte 2016 insgesamt zeichnete sich durch eine, im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum, höhere Zahl an gemeldeten Stellen aus. Bei 96,1 % der gemeldeten Stellen handelte es sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; 80 % waren unbefristet. Ein großer Teil der gemeldeten Stellen (39,6 %) war im Wirtschaftsabschnitt N „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ angesiedelt. Mit 32,2 % aller gemeldeten Stellen, insbesondere in den Darunter-Positionen des Wirtschaftsabschnitts N „Überlassung von Arbeitskräften“, also der Zeitarbeit. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten die Bereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 10,7 % und „Gesundheits- und Sozialwesen“ mit 9,4 %⁶⁾.

Von Oktober 2015 bis Ende Juni 2016 wurden insgesamt 33 500 Berufsausbildungsstellen in Hessen gemeldet. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war dies ein Anstieg von 6,4 %. Im gleichen Zeitraum nahmen 36 500 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen und Jobcenter in Hessen in Anspruch. Dies waren 0,5 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Ende Juni 2016 noch unversorgten Bewerber belief sich auf 15 500 Personen⁷⁾.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter gesunken

Von April bis Juni 2016 haben die hessischen Amtsgerichte über 382 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden; das waren 4,3 % weniger als im Vergleichsquarter 2015.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge entsprach im zweiten Quartal 2016 mit gut 32 % dem Niveau des Jahres 2015. Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bei Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Gerichte für das zweite Quartal 2016 auf insgesamt 519 Mill. Euro. Dies entspricht 1,4 Mill. Euro je beantragter Insolvenz.

Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im zweiten Quartal 2016 insgesamt 2113 Beschäftigte betroffen, mehr als im Durchschnitt des Jahres 2015 (1510 Beschäftigte).

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Aufgrund der geringen absoluten Fallzahlen sind die folgenden prozentualen Änderungen jedoch vorsichtig zu interpretieren. Ein besonders deutlicher Anstieg gegenüber dem zweiten Quartal 2015 war im Gastgewerbe (+ 50 %) zu beobachten. Insgesamt beantragten 45 Unternehmen in diesem Bereich im zweiten Quartal 2016 Insolvenz. Ebenfalls mehr Insolvenzanträge wurden in den Bereichen „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (+ 38 %) sowie „Handel“ (+ 18 %) gestellt. Deutliche Rückgänge von Unternehmensinsolvenzen gab es hingegen in fast allen anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe (- 34 %) und im Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (- 32 %).

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im zweiten Quartal 2016 mit 1241 Fällen um gut 3 % unter dem Ergebnis des vorherigen Quartals und gut 4 % niedriger als im zweiten Quartal 2015. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen im zweiten Quartal 2016 mit 44 200 unter dem Niveau der Vorjahre mit 53 100 Euro im Jahr 2015 und 58 100 Euro im Jahr 2014.

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen,



© FM2 - Fotolia.com

die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im zweiten Quartal 2016 mit 328 Fällen gut 11 % unter dem Wert des vorherigen Quartals und 18 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquarter. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen im zweiten Quartal 2016 mit 172 300 Euro merklich unter dem Niveau des Jahres 2015 (211 000 Euro).

Auch die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger fielen mit 187 Fällen im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquarter um 7 %, gegenüber dem zweiten Quartal 2015 stiegen sie hingegen leicht (+ 2 %). Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen mit 126 500 Euro deutlich unter dem Niveau des Jahres 2015 (164 000 Euro).

Inflationsrate nahezu konstant

Der Verbraucherpreisindex lag im zweiten Quartal 2016 um 0,1 % unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Im ersten Quartal stagnierte die Teuerung mit einer Inflationsrate von 0,0 %, während sie im vierten Quartal 2015 um 0,3 % angestiegen war.



© Tomasz Zajda - Fotolia.com

Ursächlich für die erneut leichte Abschwächung der Teuerung im zweiten Quartal dieses Jahres sind vor allem die im Jahresvergleich deutlich gesunkenen Energiepreise, darunter insbesondere Heizöl und Kraftstoffe (- 13,8 %), die die Preissteigerungen bei Mieten leicht überkompensierten. Ohne die Preise für Energie gerechnet lag die durchschnittliche Inflationsrate im

zweiten Quartal 2016 bei 0,9 %, nach 1,1 % im ersten Quartal.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im zweiten Quartal 2016 um 6,8 % unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Praktisch alle im Verbrauch der privaten Haushalte bedeutenden Energieträger wurden binnen Jahresfrist billiger, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß: Heizöl (- 24,5 %), Kraftstoffe (- 10,9 %), Gas (- 4,1 %) und Strom (- 0,7 %).

Die Wohnungsmieten, deren Gewicht im Verbraucherpreisindex gut ein Fünftel beträgt, verteuerten sich im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 um 1,6 %. Somit verstetigt sich der Trend steigender Mieten: Im ersten Quartal dieses Jahres hatte die Teuerungsrate der Mieten bei 1,7 % gelegen, nach 2,0 % im vierten Quartal 2015.

Das Niveau der Nahrungsmittelpreise stieg im zweiten Vierteljahr gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,4 % an. Damit haben sich Nahrungsmittel weniger stark verteuert als noch im ersten Quartal (+ 1,2 %). Aufgrund der Heterogenität der Nahrungsmittel bestanden auch im zweiten Quartal deutliche Unterschiede zwischen den Teuerungsraten der einzelnen Produkte. Teurer wurden Gemüse (+ 5,6 %), Obst (+ 3,3 %), Fisch und Fischwaren (+ 1,4 %), Fleisch und Fleischwaren sowie Brot und Getreideerzeugnisse (jeweils + 0,1 %). Neben Speisefetten und -ölen (- 2,9 %) verbilligten sich im zweiten Quartal am deutlichsten Molkereiprodukte und Eier (- 4,5 %), darunter insbesondere Schnittkäse (- 6,5 %), Quark (- 7,0 %), H-Milch (- 7,6 %) und Sahne (- 10,7 %), während Eier um 7,8 % teurer wurden.

Preise für Bekleidung und Schuhe lagen im zweiten Quartal 2016 um 0,5 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums und stiegen damit weniger stark als im zweiten Quartal 2015 (+ 1,0 %). Im Bereich der Nachrichtenübermittlung verbilligten sich die Leistungen erneut (- 1,0 %), womit sich hier der Trend zu weiter sinkenden Preisen fortsetzte. Während Telefon- und Faxgeräte (- 1,8 %) sowie Telekommunikationsdienstleistungen (- 1,6 %) billiger

Verbraucherpreisindex in Hessen

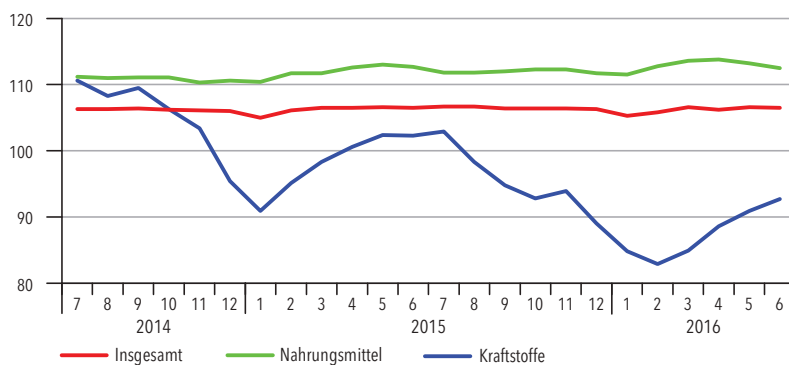
Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
2010 = 100					
Verbraucherpreisindex	106,5	106,6	106,4	105,9	106,4
und zwar					
Nahrungsmittel	112,8	111,9	112,1	112,6	113,2
Kleidung und Schuhe	105,9	104,0	106,9	102,9	106,4
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	107,6	108,1	108,5	108,9	109,3
Haushaltsenergie	114,0	111,7	109,4	105,5	106,2
Verkehr	105,8	105,1	103,2	101,5	103,6
Kraftstoffe	101,8	98,7	91,9	84,2	90,7
Nachrichtenübermittlung	91,3	91,0	90,7	90,8	90,4
Unterhaltungselektronik	74,5	74,7	75,3	74,5	74,4
Dienstleistungen (ohne Mieten)	106,0	107,5	107,2	107,6	107,0
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	0,5	0,3	0,3	0,0	- 0,1
und zwar					
Nahrungsmittel	1,0	0,7	1,3	1,2	0,4
Kleidung und Schuhe	1,0	1,8	- 0,1	- 0,6	0,5
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,8	2,0	2,0	1,7	1,6
Haushaltsenergie	- 5,0	- 6,5	- 6,3	- 7,3	- 6,8
Verkehr	- 1,3	- 2,1	- 1,6	- 2,0	- 2,1
Kraftstoffe	- 8,0	- 9,9	- 9,6	- 11,2	- 10,9
Nachrichtenübermittlung	- 1,2	- 1,1	- 1,3	- 1,0	- 1,0
Unterhaltungselektronik	- 4,4	- 1,1	0,5	0,0	- 0,1
Dienstleistungen (ohne Mieten)	1,2	1,0	1,1	1,2	0,9

wurden, verteuerten sich Post- und Kurierdienstleistungen deutlich um 4,8 %.

Im Bereich der Unterhaltungselektronik blieb, bei gegenläufigen Entwicklungen der Preise von einzelnen Produkten dieser breiten und sehr heterogenen Kategorie, das Preisniveau im zweiten Quartal 2016 nahezu konstant (- 0,1 %). Die Preise einzelner Produkte in dieser breiten und sehr heterogenen Kategorie entwickelten sich dabei gegenläufig. Hier standen beispielsweise deutliche Preissenkungen für Fernsehgeräte (- 11,6 %) sowie USB-Sticks oder Speicherkarten (- 10,4 %) zum Teil kräftigen Preissteigerungen für Heimkino-Anlagen (+ 11,1 %), Desktop-PCs (+ 6,2 %) und Notebooks oder Netbooks (+ 5,6 %) gegenüber und kompensierten sich in ihren Wirkungen auf die Teuerung dieses Warensegments.

Bei anderen Gebrauchsgütern für den Haushalt stellte sich die Preisentwicklung, bei allerdings geringeren Veränderungsraten, gleichfalls sehr differenziert dar: Preise für Glaswaren und Geschirr sowie Heimtextilien (jeweils + 0,4 %) stiegen im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Haushaltsgeräte

Verbraucherpreisindex¹⁾



1) 2010 = 100.

(- 0,4 %) sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 0,3 %) verbilligten sich hingegen.

Dienstleistungen (ohne Mieten) für private Haushalte wurden im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 um 0,9 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Kulturdienstleistungen (+ 2,9 %), Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 2,3 %), Taxifahrten (+ 2,2 %) und Verbundfahrkarten (+ 1,9 %). Anders als im Vorjahreszeitraum sanken dagegen die Preise für Beherbergungsdienstleistungen (- 0,8 %).

Hessen in Europa

Hessen in Europa

Nach dem Altenquotient je Einwohner im vierten Teil der Serie „Hessen in Europa“ stehen im fünften Teil die Krankheiten des Kreislaufsystems als Todesursachen im Fokus¹⁾²⁾.



© jorisvo - Fotolia.com

Im Jahr 2013 verstarben in der EU 28 insgesamt rund 5 Mill. Menschen. Dies entsprach einer rohen Sterberate von 984 Todesfällen je 100 000 Einwohner. Die rohe Sterberate ergibt sich aus dem Verhältnis der Anzahl der Todesfälle eines Jahres zu der durchschnittlichen Bevölkerung dieses Zeitraums, ausgewiesen je 100 000 Einwohner³⁾.

Die Krankheiten des Kreislaufsystems waren 2013 mit einem Anteil von 37,5 % die häufigste Todesursache in der EU 28 (369 Todesfälle je 100 000 Einwohner). Es folgten Krebserkrankun-

gen mit 25,9 % (255 Todesfälle je 100 000 Einwohner) und Krankheiten des Atmungssystems mit 8,0 % (79 Todesfälle je 100 000 Einwohner).

Zu den Krankheiten des Kreislaufsystems zählen u. a. Bluthochdruck, ischämische Krankheiten (z. B. Herzinfarkt) oder Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren (z. B. Arteriosklerose). Ernährung, Lebensbedingungen, Lebenswandel sowie die Verfügbarkeit medizinischer Versorgung gelten als wichtigste Einflussfaktoren von Mortalitätsmustern.

Wie stellten sich die Krankheiten des Kreislaufsystems als Todesursache in den europäischen und insbesondere den hessischen Regionen im Jahr 2013 dar⁴⁾?

Unter den 10 Regionen mit den geringsten Sterbeziffern für diese Todesursache befinden sich die französischen, spanischen und belgischen Hauptstadtregionen Île de France, Comunidad de Madrid und Région de Bruxelles-Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest. Darüber hinaus Flevoland (Niederlande), die kanarischen Inseln (Spanien), Ciudad Autónoma de Melilla (spanische Exklave), Rhône-Alpes (Frankreich), Utrecht (Niederlande), Southern and Eastern (Irland) und Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire (England).

Unter den 10 Regionen mit den höchsten Sterbeziffern befinden sich alle 6 bulgarischen Nuts-2-Regionen, 3 rumänische Regionen sowie Lettland (keine Nuts-2-Ebene).

Die Spanne zwischen der höchsten und geringsten Sterbeziffer bei Krankheiten des Kreislaufsystems war beachtlich. Sie reichte von 129 Todesfällen je 100 000 Einwohner in der französischen Hauptstadtregion Île de France bis zu 1257 Todesfällen je 100 000 Einwohner in der bulgarischen Region Severozapaden⁵⁾. Krankheiten des Kreislaufsystems waren somit für 21,5 % aller Todesfälle in der Region Île de France und für 68,7 % in der Region Severozapaden verantwortlich.

1) EFTA-Länder: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Kandidatenländer: Albanien, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und die Türkei. Die Datenverfügbarkeit für die Regionen variiert je nach Indikator. Datenabruf am 23.06.2016.

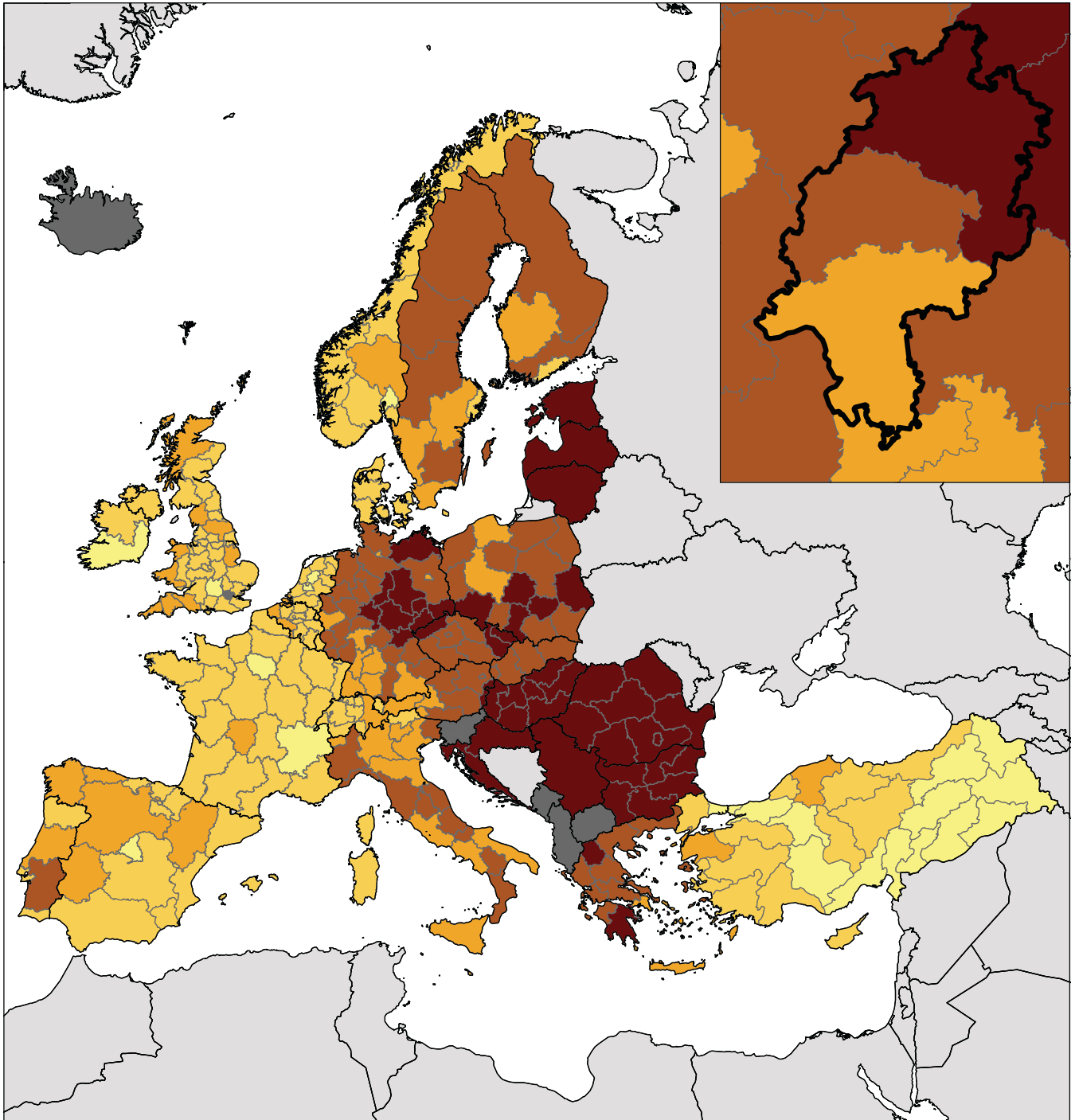
2) Die Todesursachenstatistik als Datenquelle wertet auf Basis des Regelwerks der WHO die vorgesehenen Teile der Todesbescheinigung aus. Aus ihnen wird das sogenannte Grundleiden abgeleitet, also diejenige Todesursache, die als ursächlich für den Tod anzunehmen ist. Die Signierung der Todesursachen erfolgt auf Basis der Internationalen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision, ICD-10.

3) Im weiteren Verlauf als Sterberate bezeichnet. Rohe Sterberaten berücksichtigen keine geschlechts- oder altersspezifischen Einflüsse. Tiefer gehende Untersuchungen betrachten in Bezug auf das Alter standardisierte Sterberaten getrennt nach Geschlecht.

4) NUTS steht für „Nomenclature des Unités territoriales statistiques“ (Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik). In Deutschland entspricht die Nuts-1-Ebene den Bundesländern, die NUTS-2-Ebene in der Regel den Regierungsbezirken und die NUTS-3-Ebene den Kreisen und kreisfreien Städten. Die Grundlage für die Datenauswahl bildet das Statistische Jahrbuch der Regionen: <http://ec.europa.eu/eurostat/publications/regional-yearbook>

5) Für die Berichtsjahre 2011 und 2012 wiesen die französischen Überseeregionen sowie die Hauptstadtregionen von London ebenfalls geringe Werte auf. Für die genannten Regionen liegen für das hier betrachtete Berichtsjahr 2013 gegenwärtig keine Werte vor.

Todesfälle aufgrund von Erkrankungen des Kreislaufsystems in der EU 28, den EFTA-Staaten und den Beitrittskandidaten 2013 nach Nuts-2-Regionen¹⁾



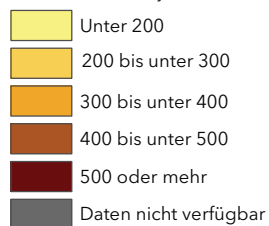
1) Serbien: Landeswert.

Quelle: Eurostat, Online Daten Code [hlth_cd_acdr2]. Eigene Berechnungen.

© Europäische Union, 1995–2015

© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Rohe Sterbeziffer je 100 000 Einwohner



EU 28 = 368,7

In Hessen verstarben im Jahr 2013 insgesamt rund 63 900 Personen. Dies entsprach einer Sterbeziffer von 1051 Todesfällen je 100 000 Einwohner oder rund 1 % der Bevölkerung. In den Regierungsbezirken (RB) wurden folgenden Sterbeziffern nachgewiesen: RB Darmstadt 984, RB Gießen 1090 und RB Kassel 1231. Bei Krankheiten des Kreislaufsystems betrug die Sterbeziffern 370 (37,6 % aller Todesfälle) im RB Darmstadt, 445 im RB Gießen (40,9 %) und 511 Todesfälle je 100 000 Einwohner im RB Kassel (41,5 %).

Am nächsten am EU-Durchschnitt (369 Todesfälle je 100 000 Einwohner) lag der RB Darmstadt mit einer Sterberate von 370. Mit dem RB Darmstadt vergleichbare Regionen sind Campania (362) in Italien oder Galizien (373) in Spanien. Mit dem RB Gießen vergleichbare Regionen sind Malopolskie (443) in Polen und die italienische Region Umbrien (446). Die griechische Region Peloponnisos (510) und die polnische Region Lubelskie

(512) wiesen mit dem RB Kassel vergleichbare Sterberaten auf.

Von den EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz liegen Daten für Norwegen und die Schweiz vor⁶⁾. In den Regionen Norwegens und der Schweiz reicht die Spanne der Sterberaten von 184 in Oslo og Akershus bis zu 345 in der Region Hedmark og Oppland. Somit lagen die Werte aller Regionen Norwegens und der Schweiz unter dem EU-28-Durchschnitt. Für die Regionen der Kandidatenländer liegen Werte für die Türkei und der Landeswert für Serbien vor. Alle türkischen Regionen lagen unter dem EU-28-Durchschnitt, die Sterberate für die Türkei lag bei 186⁷⁾.

Für Serbien zeigte sich ein anderes Bild. Hier lag der Landeswert bei 746 und somit im Bereich der höchsten Werte in den europäischen Regionen.

6) EFTA steht für „Europäische Freihandelsassoziation“ (European Free Trade Association).

7) Für die Türkei wurden niedrige Sterberaten insgesamt nachgewiesen. Hier spiegelt sich die vergleichsweise junge Bevölkerungsstruktur wider. Vergleiche „Hessen in Europa“ zum Altenquotient in Staat und Wirtschaft 4/2016.

Benedikt Kull; Tel: 0611 3802-824;
E-Mail: benedikt.kull@statistik.hessen.de

Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt¹⁾

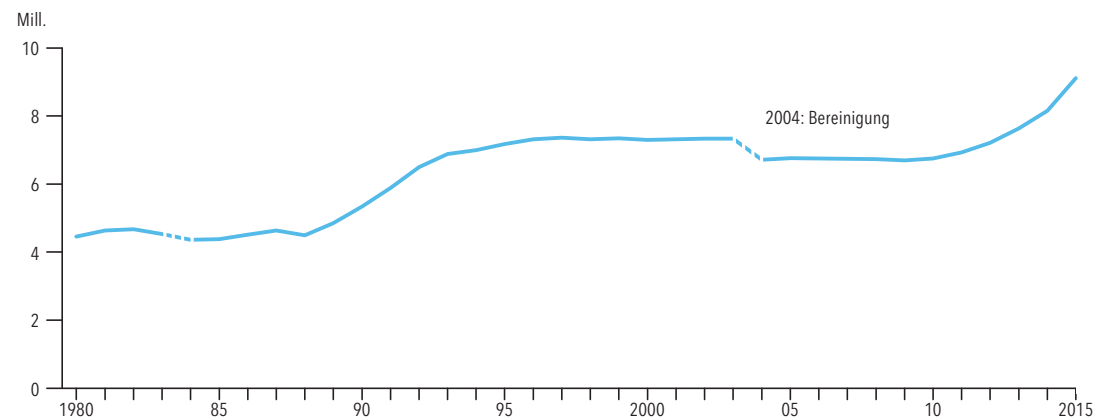
Deutschland erlebt derzeit eine Phase großer Migrationsbewegungen. Die Hauptgründe dafür sind die Osterweiterung der Europäischen Union, die EU-Schuldenkrise und die Fluchtmigration. Der Beitrag analysiert, wie sich die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgewirkt hat. Die Neuzuwanderer können in den Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistiken nicht getrennt ausgewiesen werden; daher werden Herkunftsländergruppen nach den Hauptgründen der Zuwanderung der letzten Jahre betrachtet. Wie haben sich für Staatsangehörige aus diesen Ländern die Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit und der Grundsicherungsleistungsbezug entwickelt und welchen Einfluss hatte das auf die Gesamtgrößen? Wie gut ist den Menschen aus diesen Ländern die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gelungen?
Von Michael Hartmann²⁾

1. Einleitung

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird zunehmend von Arbeits- und Fluchtmigration beeinflusst. In den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) können die Neuzuwanderer nicht gesondert ausgewiesen werden. Es sind aber Auswertungen nach der Staatsangehörigkeit derjenigen Länder möglich, aus denen es aktuell umfangreiche Zuwanderung nach Deutschland gibt. Wie haben sich Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialleistungsbezug von Personen aus diesen Ländern in den letzten Jahren entwickelt? Welche Bedeutung hat das für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland? Wie gut gelingt den Menschen aus den Zuwande-

rungsländern die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt? Zu diesen Fragen werden empirische Befunde vorgelegt. In Kapitel 2 werden die Herkunftsländergruppen bestimmt, aus denen die aktuelle Zuwanderung kommt. Nach methodischen Anmerkungen in Kapitel 3 beschreiben die Kapitel 4 bis 6 die Auswirkungen der Migration auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit und den Bezug von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende. Kapitel 7 vergleicht Höhe und Entwicklung der Beschäftigungsquoten, der Arbeitslosenquoten und der Grundsicherungsquoten von Deutschen und Migranten nach Herkunftsländergruppen. Kapitel 8 fasst die Ergebnisse zusammen und zieht ein Fazit.

1. Ausländische Bevölkerung in Deutschland



Jeweils 31. Dezember. – Bis 1989 früheres Bundesgebiet.
Quellen: Ausländerzentralregister; Statistisches Bundesamt

1) Der Aufsatz ist erschienen im WISTA Sonderheft „Arbeitsmarkt und Migration“, Ausgabe 7/2016, des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden, und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamts und des Autors im Wortlaut abgedruckt.

2) Michael Hartmann ist Diplom-Volkswirt und arbeitet in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Sein Schwerpunkt liegt in der Analyse des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

2. Zuwanderung nach Deutschland

Deutschland erlebt derzeit eine Phase großer Migrationsbewegungen. Seit 2011 liegt die Nettozuwanderung von Ausländern höher als in den Jahren nach 1993 und erreichte im Jahr 2015 mit 1,14 Mill. den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2016). Entsprechend ist die ausländische Bevölkerung seit 2011 kräftig gestiegen, nachdem sie in den 15 Jahren zuvor nahezu stagnierte. So hat nach Angaben aus dem Ausländerzentralregister die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer von Dezember 2010 bis Dezember 2015 von 6,8 Mill. um 2,35 Mill. oder 35 % auf 9,11 Mill. zugenommen. Dabei ist noch zu beachten, dass im gleichen Zeitraum mehr als eine halbe Million Ausländer/-innen eingebürgert wurden. Die starke Zuwanderung in diesem Zeitraum hat vor allem 3 Gründe: die Osterweiterung der Europäischen Union (EU), die EU-Schuldenkrise und zuletzt die Fluchtmigration.



© Daniel Ernst - Fotolia.com

Die sogenannte Osterweiterung der EU schuf mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit die rechtlichen Voraussetzungen für eine ungehinderte Zuwanderung von Staatsangehörigen aus diesen Ländern. Dabei hat Deutschland von der in den Aufnahmeverträgen eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Zugang zum Arbeitsmarkt für die neuen EU-Staaten für bis zu 7 Jahre einzuschränken (Ausnahme: Kroatien). Als erste Gruppe traten Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen der EU im Jahr 2004 bei. Die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit galt für diese Länder in Deutschland ab dem

1. Mai 2011. Dann folgten am 1. Januar 2007 die Beitritte von Bulgarien und Rumänien und am 1. Juli 2013 der von Kroatien; die Arbeitnehmerfreizügigkeit erhielten diese Länder zum 1. Januar 2014 (Bulgarien und Rumänien) und zum 1. Juli 2015 (Kroatien). Als starke Migrationsanreize wirken dabei vor allem die großen Einkommensunterschiede zu Deutschland, aber auch die sehr hohe Arbeitslosigkeit in einigen osteuropäischen Staaten.

Darüber hinaus haben auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Schuldenkrise Zuwanderungen nach Deutschland ausgelöst. Von den Folgen der EU-Schuldenkrise waren und sind die sogenannten GIPS-Staaten besonders betroffen, also Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, deren Arbeitsmärkte sich drastisch verschlechterten. Die Erwerbslosenquoten in diesen Ländern erreichten in den Jahren 2013 und 2014 Höchstwerte von 27,5 % in Griechenland, 26,1 % in Spanien, 16,4 % in Portugal und 12,7 % in Italien. In Deutschland nahm dagegen die Erwerbslosenquote nach 2009 durchgehend ab; sie verringerte sich von 7,6 % auf die im europäischen Vergleich niedrigste Quote von 4,6 % im Jahr 2015. Der deutsche Arbeitsmarkt war und ist aufnahmefähig und bietet Zuwanderern Erwerbsmöglichkeiten.

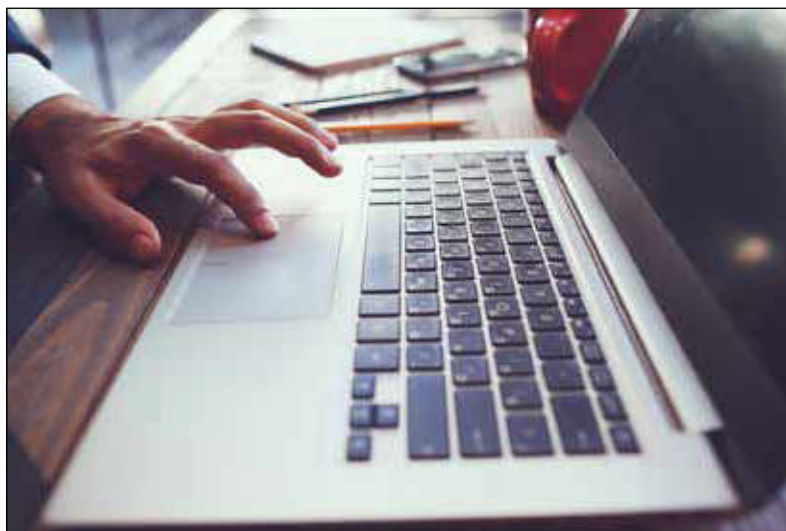
Gleichzeitig nahm die Zahl der Flüchtlinge weltweit zu. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) waren Ende 2014 rund 59,5 Mill. Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg oder Bürgerkrieg, nach 51,2 Mill. ein Jahr zuvor und 37,5 Mill. vor 10 Jahren (UNHCR, 2015). Der weitaus größte Teil der Flüchtlinge findet weiterhin Zuflucht in den Nachbarregionen von Kriegs- und Krisengebieten, mittlerweile kommen aber immer mehr Flüchtlinge auch nach Europa und vor allem nach Deutschland. So überschritt die Zahl der in Deutschland gestellten Asylersuchen 2013 die Schwelle von 100 000 und erreichte im Jahr 2015 mit 442 000 Anträgen einen neuen Höchstwert. Maßgeblich für den Anstieg sind Asylbewerber aus den Bürgerkriegsregionen insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens und Teilen Afrikas, aber auch Asylbewerber aus Ländern mit schwierigen Lebensverhältnissen, wie dem Westbalkan.

Flüchtlinge wie Neuzuwanderer insgesamt können in den Arbeitsmarktstatistiken nicht direkt erkannt werden³⁾. Für die Analyse der Auswirkungen der Fluchtmigration auf den Arbeitsmarkt wurde daher von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hilfsweise das Aggregat „Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus einem der zugangsstärksten Asylherkunftsländer“ gebildet. In das Aggregat wurden die Länder aufgenommen, deren Staatsangehörige in den letzten Jahren in Deutschland die meisten Asylbeanträge gestellt haben. Für bestimmte Fragestellungen wird unterschieden in Asylherkunftsländer aus nicht-europäischen Staaten (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien), aus Osteuropa (Russische Föderation, Ukraine) und aus dem Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien). Die Asylherkunftsländer bilden zusammen mit den oben genannten Ländern der EU-Osterweiterung und den GIPS-Staaten die aktuellen Migrationsländer.

Ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik zeigt, dass diese Herkunftsländergruppen das Migrationsgeschehen in Deutschland in den letzten Jahren dominierten. So entfielen mehr als 90 % des Anstiegs der ausländischen Bevölkerung im Zeitraum 2010 bis 2015 auf diese Ländergruppen. Die Zahl der in Deutschland lebenden Staatsangehörigen aus diesen Ländern hat sich in diesem Zeitraum um 69 % erhöht. Dabei kommen die absolut größten Wachstumsbeiträge von Personen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern, deren Zahlen sich verdoppelt beziehungsweise verdreifacht haben. Die Bevölkerungszahl der sonstigen Ausländer, also der Ausländer ohne die Staatsangehörigen aus den Migrationsländern, ist im selben Zeitraum dagegen nur um 5 % gestiegen. Entsprechend hat der Anteil von Staatsangehörigen aus den aktuellen Migrationsländern an allen Ausländern von 47 % auf 59 % zugenommen.

3. Methodische Anmerkungen⁴⁾

Zuwanderer erhöhen das Arbeitskräfteangebot, wenn sie im erwerbsfähigen Alter sind und einer Erwerbsarbeit nachgehen dürfen und wollen. Sofern sie ihr Arbeitsangebot realisieren und eine



© golubov - Fotolia.com

Arbeit aufnehmen, werden sie als Erwerbstätige gezählt. Gelingt ihnen das nicht, können sie sich bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos melden. Die vorliegende Analyse untersucht die Auswirkungen der Migration auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die registrierte Arbeitslosigkeit und den Leistungsbezug in der Grundsicherung für Arbeitsuchende⁵⁾. Die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung und der Selbstständigkeit werden nicht berücksichtigt. Auch die Auswirkungen der Migration auf andere soziale Sicherungssysteme, wie insbesondere Asylbewerberleistungen und Sozialhilfe für nicht erwerbsfähige Personen, bleiben außerhalb der Betrachtung.

Wie in Kapitel 2 beschrieben, bilden die Ländergruppen der EU-Osterweiterung, die GIPS-Staaten und die Asylherkunftsländer die aktuellen Migrationsländer. Diese Abgrenzung ist nur eine Näherung, weil einerseits Ausländer aus diesen Ländern schon lange im Land leben können und andererseits Ausländer auch aus anderen Ländern neu zugewandert sein können. Entscheidend sind Veränderungen von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Grundsicherungsleistungen, die plausibel mit der aktuellen Migration in Zusammenhang gebracht werden können. Die Darstellungen von Strukturen und Quoten konzentrieren sich auf die neuen osteuropäischen EU-Staaten und die nichteuropäischen Asylherkunftsländer, weil sich die Bevölkerungszahlen dieser Ländergruppen in den letzten 5 Jahren so stark verändert haben, dass auch die Strukturen und Quoten

3) Ab Juni 2016 können in der Arbeitslosenstatistik auch Flüchtlinge ausgewiesen werden, allerdings nicht für zurückliegende Zeiträume (Bundesagentur für Arbeit, d).

4) Siehe hierzu die monatliche Hintergrundinformation der Bundesagentur für Arbeit: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt (Bundesagentur für Arbeit, c). Ausführliches Datenmaterial und Schaubilder zu den Auswirkungen der Migration auf den Arbeitsmarkt werden monatlich im Migrationsmonitor Arbeitsmarkt veröffentlicht.

5) Datenstand für die Analyse war der Mai 2016.

1. Bevölkerung und Arbeitsmarkt in Deutschland nach Staatsangehörigkeit

Art der Angabe	Bevölkerung nach AZR ¹⁾	SV-Beschäftigung		Regelleistungsberechtigte im SGB II		Arbeitslosigkeit	
	Bestand Dezember 2015	Bestand Juni 2015	SV-Beschäftigungsquote Dezember 2015 ²⁾³⁾	Bestand Dezember 2015	SGB II-Quote Dezember 2015 ²⁾³⁾	Bestand Dezember 2015	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße Dezember 2015 ²⁾
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt ⁴⁾	.	30 771 297	.	5 837 290	.	2 681 415	.
Deutsche	.	27 925 888	59,1	4 381 060	7,7	2 103 418	6,3
Ausländer	9 107 893	2 829 470	37,7	1 426 855	17,5	572 985	14,7
Summe Zuwanderungsländer	5 340 920	1 701 656	.	890 818	.	337 361	.
EU-Osterweiterung	2 108 241	854 005	45,5	261 519	13,1	103 410	9,9
GIPS ⁵⁾	1 225 905	471 731	48,3	144 309	13,8	66 012	11,0
Asylherkunftsländer	2 006 774	375 920	25,6	484 990	26,6	167 939	25,3
Balkan	772 523	199 679	35,5	121 477	17,4	50 295	16,7
Osteuropa	364 768	98 851	35,7	62 928	19,8	27 288	17,6
Nichteuropa	869 483	77 390	12,8	300 585	37,4	90 356	43,5
Sonstige Ausländer	3 766 973	1 143 753	35,7	536 037	16,3	235 624	14,9

Veränderung gegenüber 2010

	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte
Insgesamt ⁴⁾	.	2 804 696	.	- 313 054	.	- 330 171
Deutsche	.	1 854 445	.	- 551 358	.	- 430 539
Ausländer	2 354 272	950 601	4,4	237 445	- 1,9	99 291
Summe Zuwanderungsländer	2 186 429	798 439	.	367 979	.	116 599
EU-Osterweiterung	1 074 327	565 341	16,2	158 792	2,5	54 614
GIPS ⁵⁾	213 065	133 448	6,9	34 341	1,4	8 892
Asylherkunftsländer	899 037	99 650	- 6,9	174 846	- 3,8	53 093
Balkan	256 377	47 489	- 3,2	36 759	- 0,4	6 534
Osteuropa	49 205	29 077	7,0	- 27 342	- 12,6	- 5 517
Nichteuropa	593 455	23 084	- 12,4	165 429	- 13,8	52 076
Sonstige Ausländer	167 843	151 812	3,2	- 130 534	- 4,2	- 17 308

	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte
Insgesamt	.	10,0	x	- 5,1	.	- 11,0
Deutsche	.	7,1	x	- 11,2	.	- 17,0
Ausländer	34,9	50,6	x	20,0	x	21,0
Summe Zuwanderungsländer	69,3	88,4	x	70,4	x	52,8
EU-Osterweiterung	103,9	195,8	x	154,6	x	111,9
GIPS ⁵⁾	21,0	39,4	x	31,2	x	15,6
Asylherkunftsländer	81,2	36,1	x	56,4	x	46,2
Balkan	49,7	31,2	x	43,4	x	14,9
Osteuropa	15,6	41,7	x	- 30,3	x	- 16,8
Nichteuropa	215,0	42,5	x	122,4	x	136,0
Sonstige Ausländer	4,7	15,3	x	- 19,6	x	- 6,8

1) AZR = Ausländerzentralregister. – 2) Vorläufig; absolute Veränderung mit bis auf eine Kommastelle gerundeten Quoten berechnet. – 3) Quotenberechnung Deutsche: Bezugsgröße = Bevölkerungsfortschreibung Dezember 2014. – 4) Wegen fehlender Angaben zur Staatsangehörigkeit ergibt die Summe von Ausländern und Deutschen nicht insgesamt. – 5) Griechenland, Italien, Portugal, Spanien.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

maßgeblich von der aktuellen Migrationsperiode geprägt sein dürften.

Bei der Interpretation der Ergebnisse zu den Herkunftsländergruppen ist zu beachten, dass Staatsangehörige aus diesen Ländern einen jeweils unterschiedlichen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Grundsicherungsleistungen haben. Staatsangehörige aus den Ländern der EU-Osterweiterung und den GIPS-Ländern genießen in Deutschland volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und können Leistungen aus der Grundsicherung beziehen, wenn sie arbeiten oder durch vorherige Arbeit Ansprüche erworben haben. Dagegen unterliegen Staatsangehörige aus den Asylherkunftsländern, die sich als Asylbewerber oder geduldete Personen in Deutschland aufhalten, in den ersten 3 bis 6 Monaten einem Beschäftigungsverbot und bis zum 15. Monat einer Vorrangprüfung, in der bei jeder beabsichtigten Beschäftigungsaufnahme geprüft wird, ob ein bevorzogter Inländer den Arbeitsplatz besetzen kann⁶⁾. Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern wie dem Balkan, die ihren Antrag nach dem 31. August 2015 gestellt haben, besteht zudem ein durchgehendes Beschäfti-

gungsverbot, das sich auch auf eine etwaige nachfolgende Duldung erstreckt. Erst wenn der Antrag von Schutzsuchenden anerkannt wird, erhalten sie uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und bei Bedürftigkeit auch zu Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Schutzsuchende je nach Asylherkunftsland in unterschiedlichem Ausmaß mit einem Schutzgrund anerkannt werden und aus diesen Ländern auch andere Migrationswege nach Deutschland eingeschlagen werden, wie Familiennachzug oder reguläre Bildungs- oder Arbeitsmigration.

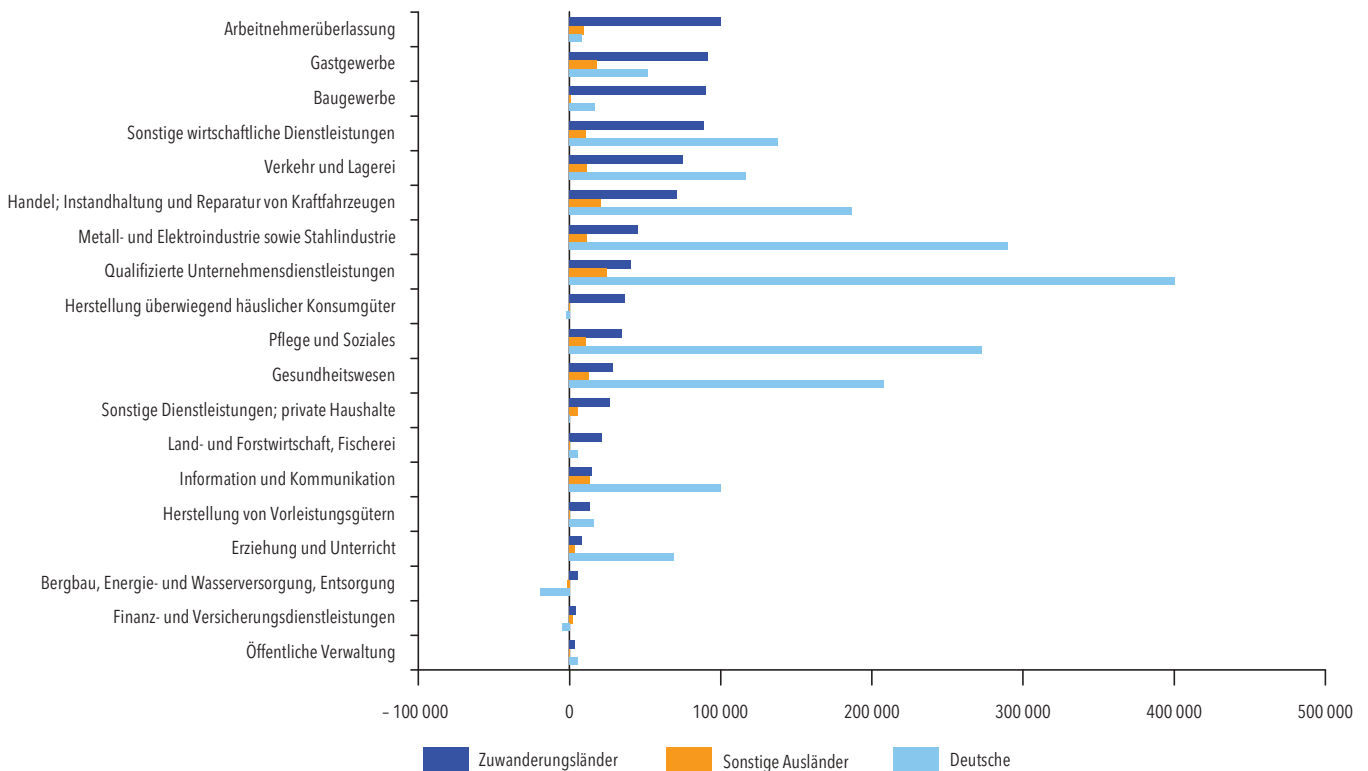
4. Auswirkungen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland hat seit 2006 kräftig zugenommen. Zu diesem Beschäftigungsaufbau haben Staatsangehörige aus den aktuellen Zuwanderungsländern einen Beitrag geleistet, der ab 2011 mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für 8 der 11 osteuropäischen EU-Staaten deutlich größer wurde. So ist von Juni 2010 bis Juni 2015⁷⁾ die Zahl der sozialversicherungspflichtig Be-

6) Diese Fristen gelten seit November 2014; davor dauerte das Beschäftigungsverbot für Asylbewerber 9 Monate und für Geduldete 15 Monate.

7) Weil für den Dezember 2015 noch keine endgültigen Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vorliegen, wird hier jeweils der Juni herangezogen.

2. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen und Herkunftsländergruppen (Veränderung Juni 2015 gegenüber Juni 2010)



Branchen auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

schäftigten um 2,805 Mill. oder 10 % gewachsen; davon entfielen 798 000 Personen oder 28 % auf Staatsangehörige aus den aktuellen Zuwanderungsländern. Den Hauptbeitrag leisteten dabei die neuen osteuropäischen EU-Staaten: Ihre Beschäftigtenzahl ist um 565 000 gestiegen und hat sich damit verdreifacht. Kräftige Zuwächse gab es auch bei Beschäftigten aus den GIPS-Ländern (+ 133 000 Personen; + 39 %) und den Asylherkunftsländern (+ 100 000 Personen; + 36 %). Die relativen Anstiege der Zuwanderungsländer fielen jeweils beträchtlich größer aus als für Sonstige Ausländer und für Deutsche (+ 15 % beziehungsweise + 7 %). Infolge der Zuwanderung nahm der Anteil der Ausländer an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 6,7 % im Jahr 2010 auf 9,2 % im Jahr 2015 zu.

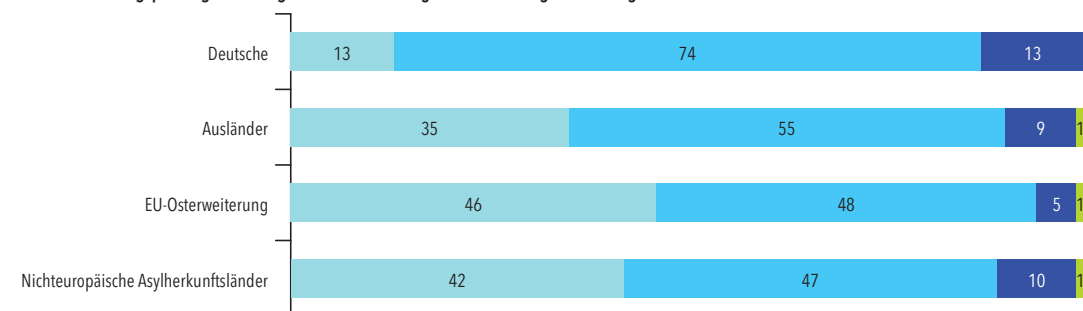
Schaubild 2 zeigt, in welchen Branchen sich dieses Beschäftigungswachstum realisiert hat. Dort sind für einzelne Branchen auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 die Beschäftigungsveränderungen und ihre Ver-

teilung auf die aktuellen Zuwanderungsländer, Sonstige Ausländer und Deutsche dargestellt. Danach erzielten die Zuwanderungsländer die absolut größten Beschäftigungsgewinne in der Arbeitnehmerüberlassung, dem Gastgewerbe, dem Baugewerbe und den Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (mit dem Reinigungs-gewerbe und dem Garten- und Landschaftsbau). In der Summe entfällt auf diese Branchen etwa die Hälfte der zusätzlichen Beschäftigung von Staatsangehörigen aus den aktuellen Zuwanderungsländern. Darüber hinaus wird der Beschäftigungszugewinn in einigen Branchen, unter anderem der Arbeitnehmerüberlassung, dem Baugewerbe und der Herstellung von Konsumgütern (mit der Ernährungsindustrie), zum weitestgrößten Teil oder ganz von den aktuellen Zuwanderungsländern getragen.

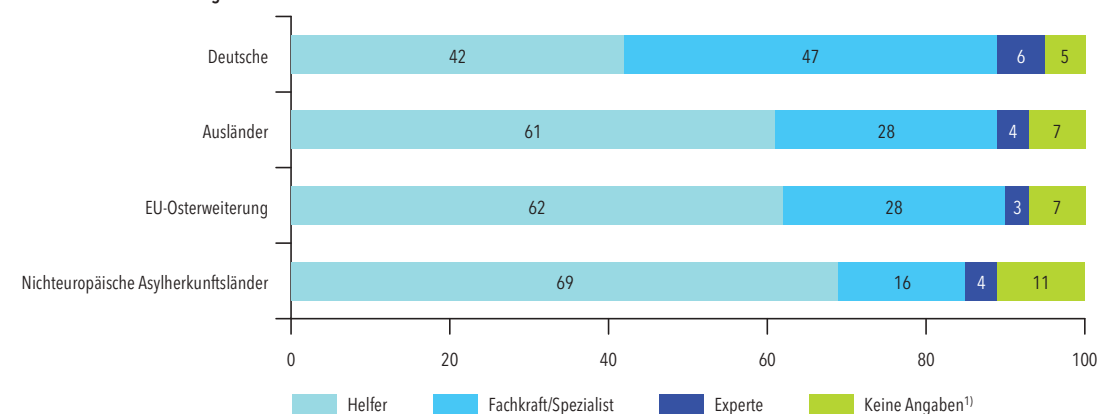
Um der Frage nachzugehen, in welchen Qualifikationen die Zuwanderer Beschäftigung finden, werden Auswertungen zum Anforderungsniveau der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit herangezogen. In der Klassifikation der Berufe 2010 werden

3. Qualifikationsniveaus nach Staatsangehörigkeit (Anteile in %)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit im Juni 2015



Arbeitslose nach Anforderungsniveau des Zielberufs im Dezember 2015



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Personengruppenschlüssel 107, 111 und 204.
1) Umfasst auch fehlende Angaben.

4 Niveaus unterschieden, nämlich Helfer und Anlerntätigkeiten, Fachkräfte (mit in der Regel zwei- bis dreijähriger Berufsausbildung), Spezialisten (insbesondere Meister und Techniker) und Experten (mit einer mindestens vierjährigen Hochschulbildung). Auf Basis der Klassifikation der Berufe 2010 können die Veränderungen von Juni 2013 bis Juni 2015 betrachtet werden. In diesem Zeitraum betraf fast die Hälfte des Zuwachses der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung⁸⁾ der aktuellen Migrationsländer Helfertätigkeiten. Dabei war bei den neuen osteuropäischen EU-Staaten der Beitrag der Helfer mit 54 % deutlich größer als bei den GIPS-Staaten und den Asylherkunftsländern mit 37 % beziehungsweise 38 %. Zwar fiel auch für Deutsche und Sonstige Ausländer der Anstieg bei Helfern überdurchschnittlich aus, blieb aber für den Gesamtanstieg in diesen Gruppen mit Anteilen von 24 % beziehungsweise 28 % von deutlich geringerer Bedeutung als für die Zuwanderungsländer.

Der im Vergleich zu den Deutschen anders strukturierte Beschäftigungszuwachs von Staatsangehörigen aus den Zuwanderungsländern zeigt sich entsprechend auch in deren aktueller Branchen- und Qualifikationsstruktur. So sind Beschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern im Vergleich zu den Deutschen insbesondere im Gastgewerbe, den Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und der Arbeitnehmerüberlassung überproportional vertreten. Das Qualifikationsprofil der Beschäftigten aus diesen Ländergruppen ist im Vergleich zu Deutschen und Ausländern insgesamt deutlich hin zu Geringqualifizierten verschoben. Der Helferanteil für Beschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten beläuft sich auf 46 % und der für Beschäftigte aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern auf 42 %, während Deutsche nur zu 13 % und alle Ausländer zu 35 % als Helfer beschäftigt sind.

Branche und Qualifikation der ausgeübten Tätigkeit sind auch wichtige Bestimmungsgründe für die Höhe der erzielten Arbeitsentgelte. Angaben zu den Bruttomonatsentgelten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit (ohne Auszubildende) liegen für Dezember 2013 vor.

Danach erzielten Ausländer im Mittel Arbeitsentgelte, die um 16 % unter denen der Deutschen lagen⁹⁾. Vollzeitbeschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern unterschritten den Mittelwert der Deutschen noch deutlicher, nämlich um 33 % und 37 %. Schränkt man den Vergleich auf das jeweilige Anforderungsniveau ein, werden die Entgeltunterschiede zwar kleiner, bleiben aber weiter erheblich. Entsprechend war auch der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich¹⁰⁾ bei Ausländern und Neuzuwanderern größer. Während von den deutschen



© Herby (Herbert) Me - Fotolia.com

Vollzeitbeschäftigten 19 % ein Monatsentgelt in der unteren Entgeltgruppe erzielten, steigt dieser Anteil für Ausländer insgesamt auf 32 % und für Beschäftigte aus den Staaten der EU-Osterweiterung und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern sogar auf 49 % und 54 %.

5. Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit

Dem kräftigen Beschäftigungsanstieg folgend ist die gesamte Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 2006 deutlich gesunken. Moderate Anstiege gab es nur in den Jahren 2009 und 2013. Ab 2012

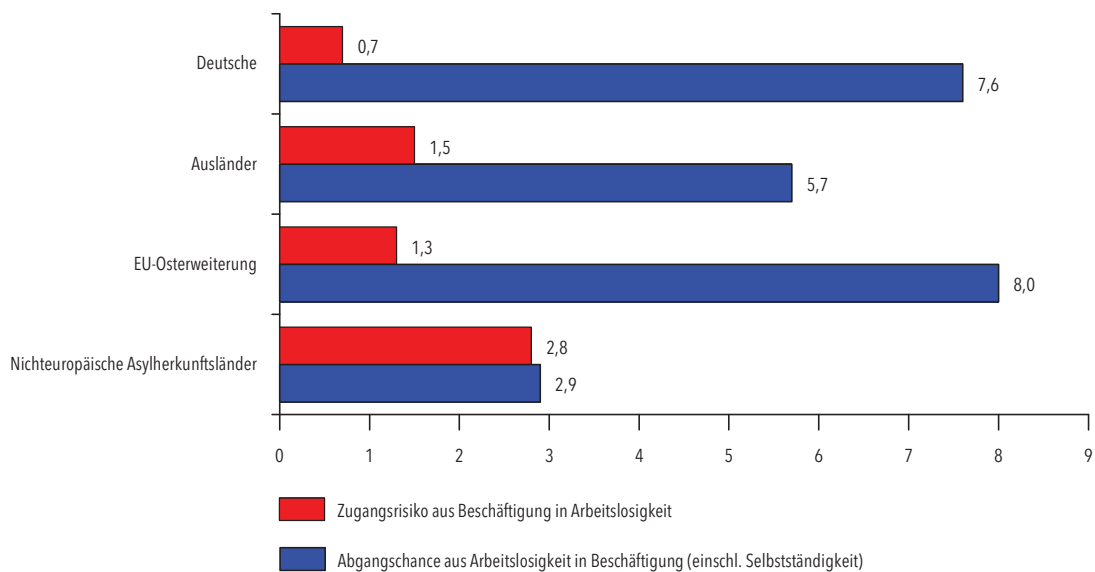
8) Um unverzerrte Zeitvergleiche zu ermöglichen, umfassen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine behinderten Menschen in Werkstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe oder ähnlichen Einrichtungen für behinderte Menschen. Für diese Personengruppen hatte es eine Änderung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung gegeben.

9) Vergleich von Medianwerten. Der Median teilt eine nach der Höhe der Entgelte sortierte Häufigkeitsverteilung in zwei gleich große Teile und steht damit in der Mitte der Verteilung.

10) In Anlehnung an die Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gilt als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielt (Schwelle des unteren Entgeltbereichs).

4. Risiken und Chancen am Arbeitsmarkt 2015 nach Herkunftsländergruppen

(Monatsdurchschnittliches Risiko/monatsdurchschnittliche Chance in %)



Lesehilfe: Ausländische Beschäftigte haben ein Risiko von 1,5 %, im nächsten Monat den Job zu verlieren und arbeitslos zu werden. Ausländische Arbeitslose haben eine Chance von 5,7 %, im nächsten Monat die Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsaufnahme zu beenden.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

zeigt sich eine erhöhende Wirkung der Migration auf die Arbeitslosigkeit. Von Dezember 2010 bis Dezember 2015 ist die Zahl der Arbeitslosen aus den aktuellen Zuwanderungsländern um 117 000 oder 53 % gewachsen. Der Anstieg verteilt sich etwa hälftig auf die Länder der EU-Osterweiterung und die nichteuropäischen Asylherkunftsländer. Da die Zahl der deutschen Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um 431 000 oder 17 % und die der Sonstigen Ausländer um 17 000 oder 7 % gesunken ist, nahm die Arbeitslosigkeit insgesamt um 330 000 Personen oder 11 % ab. Der Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen ist von 16 % auf 21 % gestiegen.

Analog zu den Beschäftigten kann für Arbeitslose das Anforderungsniveau des (ersten) Zielberufs bestimmt werden, dessen Festlegung durch Arbeitsvermittler und Arbeitsuchende die vorhandene Qualifikation und die Einmündungschancen berücksichtigt (siehe Schaubild 3). Danach suchen Ausländer und Neuzuwanderer in deutlich größerem Umfang eine Helfertätigkeit als Deutsche. So ist bei Arbeitslosen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten der Helferanteil mit 62 % etwa gleich hoch wie bei Ausländern insgesamt (61 %). Arbeitslose aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern verzeichnen mit 69 % einen noch höheren Anteil. Von den deutschen Arbeitslosen suchen dagegen 42 % eine

Helfertätigkeit. Dass die Anteile der Helferberufe bei Arbeitslosen generell erheblich größer ausfallen als bei Beschäftigten, ist der Tatsache geschuldet, dass Helfer ein erheblich größeres Arbeitslosigkeitsrisiko haben als Fachkräfte/Spezialisten oder Experten.

Der Zusammenhang von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit kann mit statistischen Indikatoren zum Zugangsrisiko und zu den Abgangschancen beschrieben werden. Das Zugangsrisiko beschreibt das Risiko, aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung heraus im nächsten Monat arbeitslos zu werden, die Abgangschance bezeichnet die Chance, im nächsten Monat die Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung (einschl. Selbstständigkeit) zu beenden (Bundesagentur für Arbeit, a). Ausländer haben ein mehr als doppelt so großes Risiko, aus einer Beschäftigung heraus arbeitslos zu werden, als Deutsche. Gleichzeitig ist ihre Chance, durch Arbeitsaufnahme die Arbeitslosigkeit zu beenden, geringer als für Deutsche. Im Vergleich dazu haben Erwerbspersonen aus den Ländern der EU-Osterweiterung ein Zugangsrisiko, das etwas kleiner ist als für alle Ausländer, und eine Abgangschance, die deutlich größer ausfällt als für alle Ausländer und sogar leicht höher als für Deutsche. Das ist bemerkenswert, weil sich ihre Beschäftigungsstruktur erheblich ungünstiger

darstellt als für Deutsche und Ausländer insgesamt. Beschäftigte aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern unterliegen dagegen im Vergleich der Ländergruppen dem größten Risiko, arbeitslos zu werden; ihr Zugangsrisiko ist etwa doppelt so groß wie das aller Ausländer und viermal so groß wie das der Deutschen. Auch ihre Chance, durch Arbeitsaufnahme die Arbeitslosigkeit zu beenden, ist am geringsten und nur etwa halb so hoch wie für alle Ausländer.

6. Auswirkungen auf Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende

Wenn in Deutschland erwerbsfähige Personen ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, haben sie zusammen mit den in ihrem Haushalt lebenden Personen Anspruch auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten müssen dann alle Möglichkeiten nutzen, insbesondere durch Aufnahme einer Beschäftigung die Hilfebedürftigkeit zu beenden oder den Hilfebedarf zu mindern. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende ist seit 2006 mit Ausnahme eines Anstiegs im Krisenjahr 2009 und einer Stagnation im Jahr 2013 gesunken. Dass die Abnahmen zuletzt schwächer ausgefallen sind, hängt auch damit zusammen, dass es infolge von Migration mehr Leistungsempfänger gibt. So ist von Dezember 2010 bis Dezember 2015 die Zahl der Regelleistungsberechtigten aus den aktuellen Zuwanderungsländern um 368 000 oder 70 % gestiegen. Der Hauptbeitrag kommt von den nichteuropäischen Asylherkunftsländern und den neuen osteuropäischen EU-Staaten. Da die Zahl der deutschen Regelleistungsempfänger im gleichen Zeitraum um 551 000 oder 11 % und die der Sonstigen Ausländer um 131 000 oder 20 % gesunken ist, nahm die Zahl der Regelleistungsempfänger insgesamt um 313 000 Personen oder 5 % ab. Der Anteil der Ausländer an allen Regelleistungsempfängern ist von 19 % auf 24 % gestiegen.

In allen Ländergruppen fallen die absoluten Anstiege der Leistungsempfängerzahlen deutlich größer aus als die der Arbeitslosenzahlen. Das hat mehrere Gründe: Zum einen werden

auch die nicht erwerbsfähigen Leistungsbezieher mitgezählt, das sind vor allem Kinder, die mit einem erwerbsfähigen Leistungsbezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Zum anderen wird mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht als arbeitslos geführt. Die wichtigsten Gründe dafür sind die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie z. B. an Integrationskursen oder Weiterbildungsmaßnahmen, die Betreuung kleiner Kinder, der Schulbesuch sowie die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden, die mit Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende aufgestockt wird.



© Christian Schwier - Fotolia.com

Dabei zeigt der Vergleich zwischen den Länderherkunftgruppen, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten am häufigsten einer Arbeit nachgehen und gleichzeitig Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende beziehen. Im Juni 2015 waren von ihnen 38 % als Erwerbstätige und darunter 19 % als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte registriert. Für Deutsche (28 % beziehungsweise 13 %) und Ausländer insgesamt (30 % beziehungsweise 14 %) werden deutlich kleinere Anteile ausgewiesen. In erheblich geringerem Umfang erzielen Leistungsbezieher aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern Erwerbseinkommen. Der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt belief sich für sie auf 19 % und der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 7 %.



© Goss Vitalij - Fotolia.com

Wechselt man die Blickrichtung und fragt, in welchem Umfang Beschäftigte aufstockende Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende beziehen, differenziert sich das Bild. Danach erhielten von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten 4,3 % aufstockende Leistungen aus der Grundsicherung. Das ist zwar deutlich mehr als für Deutsche (1,6 %), aber weniger als für Ausländer insgesamt (5,9 %). Der Unterschied zu den Ausländern insgesamt ist bemerkenswert, weil Beschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten deutlich niedrigere Arbeitsentgelte erzielen (siehe Kapitel 4). Für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern wird dagegen ein sehr hoher Anteil an Beziehern von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende ausgewiesen; fast jeder fünfte von ihnen (17,2 %) erhielt ergänzende Grundsicherungsleistungen. Die Tatsache, dass für Staatsangehörige aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten der Anteil der Beschäftigten an den Leistungsberechtigten trotzdem deutlich höher ausfällt als für Ausländer insgesamt und für die nichteuropäischen Asylherkunftsländer, erklärt sich vor allem damit, dass in den letzten beiden Gruppen die Hilfebedürftigkeit insgesamt größer und in stärkerem Maße durch Arbeitslosigkeit verursacht ist.

7. Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt

Wie in den vorangehenden Kapiteln gezeigt, ist aufgrund der aktuellen Zuwanderung die Zahl

der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aber auch die der Arbeitslosen und der Bezieher von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende deutlich gestiegen. Für die Beurteilung der Frage, wie gut die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt gelingt, sind absolute Zahlen und ihre Veränderungen aber nur bedingt geeignet. Sie geben zwar Auskunft über die Größenordnung einer Gruppe und über ihre Bedeutung für den gesamten Arbeitsmarkt, für die Frage nach der Integration sind Quoten aber aussagekräftiger, weil sie auch die Veränderung der Bevölkerung beziehungsweise des Arbeitskräfteangebots der Zuwanderer berücksichtigen.

Die Integration in den Arbeitsmarkt kann mit folgenden Quoten beschrieben werden:

- der Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigungsquote), die zum Ausdruck bringt, in welchem Umfang die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht;
- der Arbeitslosenquote, die die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots anzeigt, indem sie die Zahl der (registrierten) Arbeitslosen zu der der zivilen Erwerbspersonen (Beschäftigte plus Arbeitslose) in Beziehung setzt; und
- der Grundsicherungsquote beziehungsweise SGB-II-Quote, die angibt, wie groß der Anteil der Menschen in der Bevölkerung ist, die zur Existenzsicherung auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II angewiesen sind.

In der Standardberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit werden diese Quoten nur für Ausländer insgesamt und auf Basis einer zeitverzögerten und unterjährig fixierten Bezugsgröße veröffentlicht. Für die aktuellen Migrationsländer würde diese Berechnung zu systematischen Verzerrungen führen. Deshalb wurden für die Migrationsberichterstattung ergänzende Quoten eingeführt, die monatlich auf Basis einer anders abgegrenzten, aber periodengleichen Bezugsgröße berechnet werden (Bundesagentur für Arbeit, b). Die ergänzenden Quoten weichen deshalb von den Standardquoten ab. So fällt z. B.

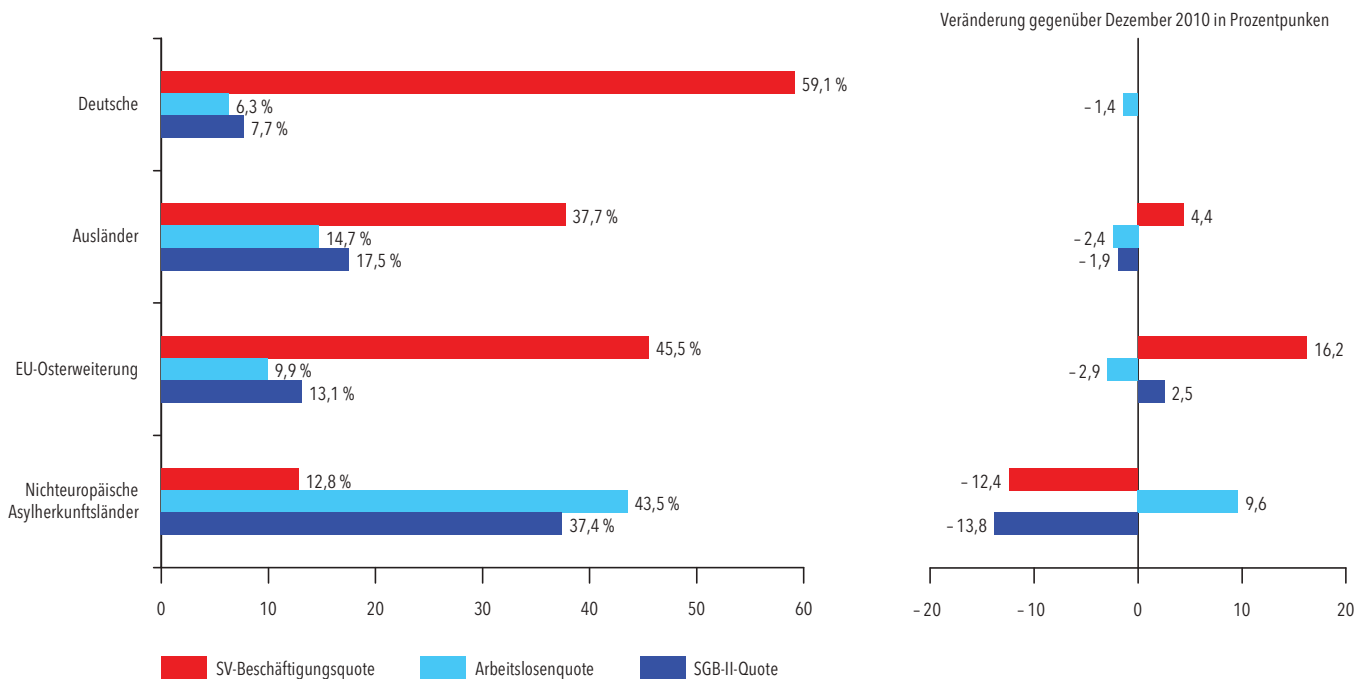
die ergänzende Arbeitslosenquote für Ausländer auf Basis der anders abgegrenzten Bezugsgröße höher aus als die Standard-Arbeitslosenquoten, weil die ausländischen Selbstständigen in der ergänzenden Quote nicht berücksichtigt werden können.

Der Querschnittsvergleich der Quoten für Dezember 2015 zeigt deutliche Unterschiede zwischen Deutschen, Ausländern insgesamt und den aktuellen Migrationsländern. Für Staatsangehörige aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten wurde eine SV-Beschäftigungsquote von 45,5 % gemessen, der eine Arbeitslosenquote von 9,9 % und eine SGB-II-Quote von 13 % gegenüberstanden. Sie erreichten damit zwar ungünstigere Werte als Deutsche, aber günstigere als alle Ausländer. Die im Vergleich zu den Deutschen höheren Arbeitslosen- und SGB-II-Quoten erklären sich primär mit der ungünstigeren Beschäftigungsstruktur von Erwerbspersonen aus diesen Ländern, die deutlich häufiger als Deutsche in Jobs arbeiten, die ein größeres Risiko aufweisen, arbeitslos zu werden (siehe Kapitel 5). Die nichteuropäischen Asylherkunftsländer verzeichneten im Vergleich zu allen Ausländern und zu den neuen osteuropäischen EU-Ländern deutlich schlechtere Werte. Staatsangehörige aus diesen Ländern erreichten im

Durchschnitt eine SV-Beschäftigungsquote von nur 12,8 %, während ihre Arbeitslosenquote bei 43,5 % und ihre SGB-II-Quote bei 37,4 % lag. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Asylbewerber Arbeitsmarktbeschränkungen unterliegen und keine Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende beziehen können.

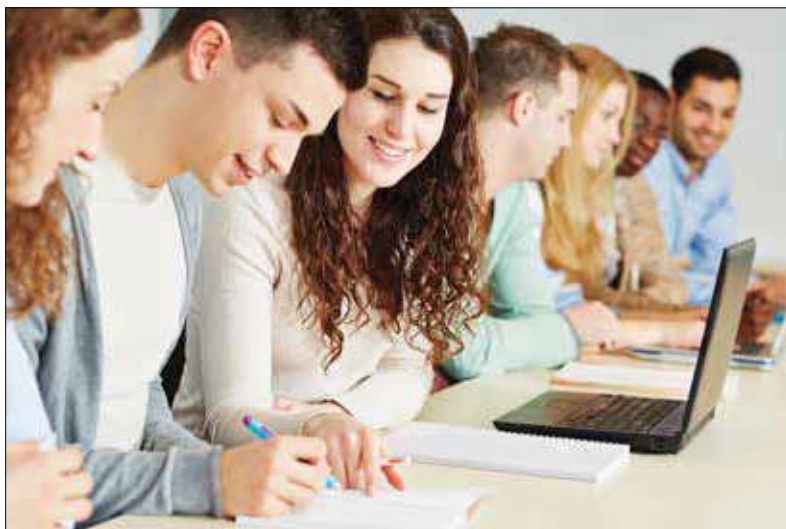
Die Unterschiede zwischen den Staaten der EU-Osterweiterung einerseits und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern andererseits sind nicht überraschend. Arbeitsmigration führt der Natur der Sache nach zu einer schnelleren Arbeitsmarktintegration als Fluchtmigration. Arbeitsmigranten können die Migration planen und die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes im Aufnahmeland mit ihrem Qualifikationsprofil abgleichen. Bei Fluchtmigration steht dagegen die Rettung des eigenen Lebens an erster Stelle, und erst wenn das gelungen ist, stellen sich Fragen der Arbeitsmarktintegration im Aufnahmeland. Die Arbeitslosmeldung und die materielle Absicherung ist für Flüchtlinge ein erster Schritt in einem Integrationsprozess, der aufgrund der kulturellen Unterschiede, der fehlenden Sprachkenntnisse und fehlender formaler Qualifikation nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2015).

5. SV-Beschäftigungs-, Arbeitslosen- und SGB-II-Quoten im Dezember 2015 nach Staatsangehörigkeitsgruppen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Wie haben sich die Quoten in der Migrationsperiode von Dezember 2010 bis Dezember 2015 entwickelt? Sowohl die Arbeitslosenquote der Deutschen als auch die der Ausländer insgesamt sind gesunken. Die Arbeitslosenquote für Erwerbspersonen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten verringerte sich ebenfalls, und zwar um 2,9 Prozentpunkte. Gleichzeitig ist ihre SV-Beschäftigungsquote kräftig um 16,2 Prozentpunkte gestiegen. Der Aufbau der absoluten Arbeitslosenzahlen für Staatsangehörige aus diesen



© Robert Kneschke - Fotolia.com

Ländern erklärt sich damit allein mit der Ausweitung des Arbeitsangebots. Ihr Arbeitslosigkeitsrisiko, ausgedrückt in der Arbeitslosenquote, hat sich sogar verringert. Für Staatsangehörige aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern nahm die Arbeitslosenquote dagegen deutlich um 9,6 Prozentpunkte zu und die SV-Beschäftigungsquote um 12,4 Prozentpunkte ab. Die Arbeitslosenzahl von Personen aus diesen Ländern ist also über den Arbeitsangebotseffekt hinaus gestiegen. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass im Zuge der verstärkten Fluchtmigration der Anteil der Flüchtlinge, die noch nicht lange im Lande sind und erst am Anfang des Integrationsprozesses stehen, deutlich größer geworden ist.

Die SGB-II-Quote von Deutschen und Ausländern ist im Betrachtungszeitraum gesunken. Im Vergleich dazu hat sich die SGB-II-Quote für Staatsangehörige aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten um 2,5 Prozentpunkte erhöht. Hauptgrund für den Anstieg sind mehr Empfänger von Grundsicherungsleistungen

für Arbeitsuchende aus Rumänien und Bulgarien. Die SGB-II-Quote für die nichteuropäischen Asylherkunftsländer ist dagegen kräftig um 13,8 Prozentpunkte gesunken. Allerdings hängt das allein damit zusammen, dass sich die Bevölkerungszahl dieser Gruppe aufgrund vieler neuer Asylbewerber erhöht hat und diese Personen während des Asylverfahrens keine Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende beziehen können.

8. Zusammenfassung und Fazit

Deutschland verzeichnete in den letzten Jahren aufgrund von Migration erhebliche Bevölkerungszugewinne. Das hat auch deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Weil Neuzuwanderer in den Arbeitsmarktstatistiken nicht direkt erkannt werden können, wurden Herkunftsländergruppen gebildet, die sich um die Hauptbeweggründe der Zuwanderung der letzten Jahre gruppieren: Osterweiterung der EU, EU-Schuldenkrise und Fluchtmigration. Es wurde gezeigt, dass der kräftige Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den letzten 5 Jahren zu mehr als einem Viertel von Staatsangehörigen aus diesen Herkunftsländergruppen getragen wurde. Dabei entfällt der weitaus größte Teil des Beschäftigungszuwachses auf die Arbeitsmigration aus den osteuropäischen EU-Ländern und den GIPS-Staaten. Neuzuwanderer finden Beschäftigung vor allem in der Arbeitnehmerüberlassung, im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft, zu großen Teilen in Helfertätigkeiten. Mit der Zuwanderung sind auch die Arbeitslosigkeit und der Bezug von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende von Staatsangehörigen aus den Migrationsländern gestiegen. Zu diesen Anstiegen haben die Arbeitsmigration und die Fluchtmigration jeweils etwa zur Hälfte beigetragen.

Inwieweit Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert sind, kann an den Beschäftigungs-, Arbeitslosen- und Grundsicherungsquoten abgelesen werden. Danach erreichen Staatsangehörige aus den Ländern der EU-Osterweiterung Quoten, die im Durchschnitt zwar ungünstiger ausfallen als für Deutsche, aber günstiger als für alle Ausländer. Weil Zuwanderer aus den neuen osteuropä-

ischen EU-Staaten weit überproportional in Jobs mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und mit Entlohnungen im unteren Entgeltbereich arbeiten, sind sie auch häufiger arbeitslos beziehungsweise Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als Deutsche. Der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und Bezieher von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende aus diesen Ländern erklärt sich vor allem mit ihrer größeren Bevölkerungszahl; ihre Arbeitslosenquote ist in der Migrationsperiode gesunken, ihre Grundsicherungsquote etwas gestiegen. Deutsche und Ausländer insgesamt verzeichneten in dieser Zeit rückläufige Arbeitslosen- und Grundsicherungsquoten.

Für Staatsangehörige aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern werden sehr hohe Arbeitslosen- und Grundsicherungsquoten ausgewiesen. Dabei hat sich die Arbeitslosenquote aufgrund der sich verstärkenden Fluchtmigration vor allem in den letzten beiden Jahren erhöht. Mit der zunehmenden Anerkennung von Schutzbedürftigen wird auch die Grundsicherungsquote steigen. Die Arbeitslosmeldung und die materielle Absicherung mit Grundsicherungsleistungen ist für Staatsangehörige aus diesen Ländern ein erster Schritt in einem Integrationsprozess, der aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse und fehlender formaler Qualifikation einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

Literaturverzeichnis

Bundesagentur für Arbeit, a. Chancen und Risiken nach Wirtschaftszweigen. Monatlicher Analytikreport. Verfügbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesagentur für Arbeit, b. Methodenbericht der BA, Ergänzende Arbeitslosen-, Beschäftigungs- und Hilfequoten für Ausländer in der Migrationsberichterstattung. Die Quoten werden monatlich im Migrationsmonitor Arbeitsmarkt veröffentlicht. <http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesagentur für Arbeit, c. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Verfügbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesagentur für Arbeit, d. Hintergrundinformation: Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse. Nürnberg 2016. Verfügbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. IAB-Aktueller Bericht 14/2015. [Zugriff am 9. Juni 2016]. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/>

Statistisches Bundesamt. Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Mill.. Pressemitteilung Nr. 105 vom 21. März 2016. Verfügbar unter: www.destatis.de

UNHCR. Weltweit fast 60 Mill. Menschen auf der Flucht. Pressemitteilung vom 18. Juni 2015. [Zugriff am 8. Juni 2016]. Verfügbar unter: www.unhcr.de

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im August 2016

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen

Auszubildende und Prüfungen in Hessen 2015 (Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik; Stand: 31. Dezember 2015); (B II 5 - j/15)¹⁾

Ergebnisse aus dem Projekt Verstetigung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Schulentlassene und Übergänger aus der Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen in Hessen 2008 bis 2015 nach Verwaltungsbezirken; (B II 6-1 - j/08-15); (K)¹⁾

Ergebnisse aus dem Projekt Verstetigung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Anfänger und Bestände 2008/09 bis 2015/16 nach Verwaltungsbezirken; (B II 6-2 - j/09-16); (K)¹⁾

Ergebnisse aus dem Projekt Verstetigung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Verbleib der Schüler nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen (ohne Sek. II) im Sommer 2015 im nächsten Schuljahr nach Verwaltungsbezirken; (B II 7-9 - j/15); (K)¹⁾

Berufsqualifikationsfeststellungsverfahren in Hessen 2015 (Ergebnisse der Anerkennungsgesetze; Stand: 31. Dezember 2015); (B II 7 - j/15)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

in Hessen im Juni 2016 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 06/16); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2016; (E I 3 - m 06/16); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juni 2016; (E II 1 - m 06/16); (K)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Juni 2016 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 06/16)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im April 2016; (H II 1 - m 04/16); (Häfen)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im Mai 2016; (H II 1 - m 05/16); (Häfen)¹⁾

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Hessen 2014; (Q I 3 - j/14)¹⁾

Verzeichnisse

Verzeichnis der Zweckverbände und ihrer Mitglieder in Hessen (Stand: 31.12.2015); (Verz-17 - August 2016)

E-Mail-Versand (Excel-Datei): 14,30 Euro

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

Das neue Tarifeinheitsrecht

Hintergründe und Anwendungsprobleme. Von Wolfgang Däubler und Klaus Bepler, 162 Seiten, kartoniert, 34,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016.

Die Neuregelungen zur Tarifeinheit sind in Kraft. Noch viel umstrittener als das Mindestlohngesetz, greifen die neuen Vorschriften tief in das kollektive Arbeitsrecht ein. Die Tarifpluralität, die das BAG 2010 anerkannt hatte, wird abgeschafft: Es sollen nur noch die Tarifverträge gelten, die von der Gewerkschaft mit der größeren Mitgliederzahl im Betrieb abgeschlossen wurden. Die Auswirkungen für die Praxis sind enorm. Sparten-Gewerkschaften sind in ihrer Existenz bedroht, auch jede andere Gewerkschaft kann nicht mehr davon ausgehen, in jedem Betrieb ein Streikrecht zu haben. Viele Betriebsräte müssen sich fragen, welche Tarifverträge in Zukunft in ihrem Betrieb gelten. Wie stellt man fest, wer mehr Mitglieder hat? Wer bezahlt den Notar, der notfalls eine Art „Volkszählung“ im Betrieb veranstalten muss? Was passiert, wenn er zu keinem eindeutigen Ergebnis kommt, weil z. B. bestimmte Beschäftigte keine Auskunft geben? Die angekündigten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht werden dauern; bis zu einer Entscheidung ist das Tarifeinheitsgesetz geltendes Recht. Der vorliegende Band informiert zum frühest möglichen Zeitpunkt über das neue Recht: Vereinbarkeit mit der Verfassung, insbesondere mit Art. 9 Abs. 3 GG – Vereinbarkeit mit völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik – Wann liegt

eine „Tarifkollision“ vor? – Wie wird festgestellt, welche Gewerkschaft mehr Mitglieder im Betrieb hat? – Was passiert, wenn die Mehrheit wechselt? – Welche Auswirkungen ergeben sich im Arbeitskampf? – Einstweilige Verfügungen gegen Streiks – Auswirkungen auf die Arbeit der Betriebsräte. 7635

Parteiendemokratie im Wandel

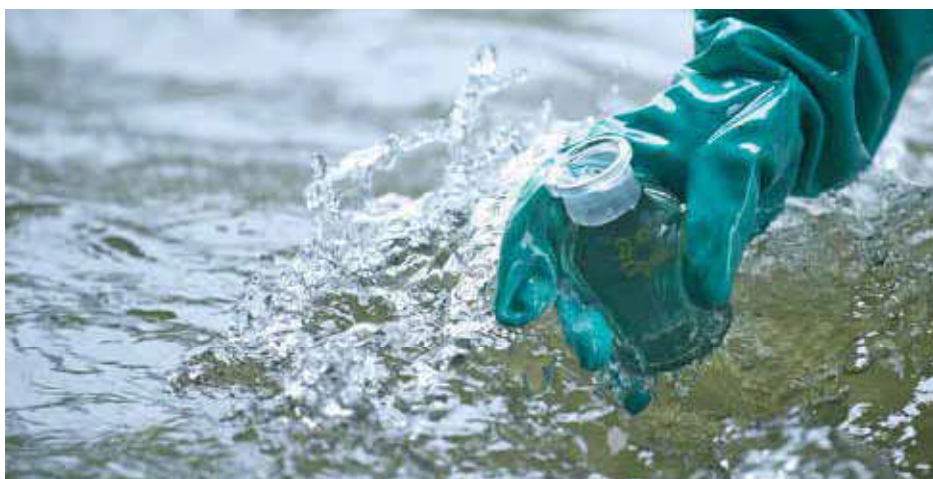
Beiträge zur Theorie und Empirie. Von Frank Decker, 265 Seiten, kartoniert, 34,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015.

Die bundesdeutsche Parteienlandschaft ist in Bewegung. Parteiensystem und Parteien unterliegen heute einem starken Wandel. Dieser schlägt sich im Verhältnis der Parteien zur Gesellschaft, ihrer Rolle im Staat und in ihrem Innenleben nieder. Das Buch behandelt alle drei Analyseebenen aus theoretischer wie empirischer Sicht. Im Mittelpunkt des theoretischen Teils stehen mit Giovanni Sartori und Otto Kirchheimer zwei Klassiker der Parteien- und Parteiensystemforschung. Im empirischen Teil wird das Verhältnis von Parteiendemokratie und Parteienstaat erörtert und zunächst die Entwicklung des Parteiensystems bis zur Bundestagswahl 2013 beleuchtet, gefolgt von Porträts der 5 im Bundestag vertretenen Parteien (CDU und CSU, SPD, Grüne, Linke) und einer Analyse der ab- und aufgestiegenen Konkurrenten im bürgerlichen Lager (FDP und AfD). Eine vergleichende Bilanz der jüngst unternommenen Reformen im Bereich der Mitgliederorganisation rundet den Band ab. 7636



Hessischer Umwelt-Monitor

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt



STATISTIK H E S S E N



Hessisches Landesamt für
Naturschutz, Umwelt und Geologie
Für eine lebenswerte Zukunft

**Gemeinsam herausgegeben von dem
Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt**

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des
Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 4

Oktober 2016

20. Jahrgang

Inhalt

Die Bohrkernlager des HLNUG.....	3
A. Gewässerüberwachung in Hessen	7
1. Hydrologische Daten nach Messstellen	8
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	9
B. Die Luftqualität in Hessen	12

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)
Rheinstraße 35/37
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0

Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLNUG Helmut Weinberger Telefon: 0611/6939-571

Layout: HLNUG Melanie Görden

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Die Bohrkernlager des HLNUG

JOHANN-GERHARD FRITSCH, ANNEMARIE MILITZER, HEINZ-DIETER NESBOR & THOMAS REISCHMANN

lage Vergleichs- und Belegsammlungen von Gestein-

forschung (HLfB) die Vergleichs- und Belegsamm-
1953/55 des HLfB stellt diese Aufbauarbeiten dar. Seitdem hat sich die Belegsammlung kontinuierlich vergrößert.

Einen wesentlichen Teil der Belegsammlung bilden
rungen. Diese stellen vielfach Referenzprofile zum geologischen Untergrund der verschiedenen geolo-

teilung Geologie werden daher zwei Bohrkernlager
Limburg) und in Aumenau (Gemeinde Villmar, ca.

senschaftliche Fragestellungen verwendet, z. B. in
Projekten der Rohstoffgeologie bei der Suche nach
um Kenntnisse zum Aufbau der grundwasserleitenden Gesteinsschichten zu erhalten, in der Ingenieur-
der Geologischen Landesaufnahme zur Erfassung der



Abb. 1:

len und andere wissenschaftliche Ein-
Belegsammlung des HLNUG zu Studien- und Vergleichszwecken nutzen.

Drei Mitarbeiter in Limbach und eine Mitarbeiterin in Aumenau haben viel-

weise den Transport von Proben von den Bohrstellen in das Bohrkernlager durch, angelieferte Proben werden angenommen, katalogisiert, aufbereitet und eingelagert. Zur Einlagerung stehen moderne gasbetriebene Gabel-



Abb. 2: Transport einer Bohrkernpalette mit dem gasbetriebenen Gabelstapler.



Abb. 3:

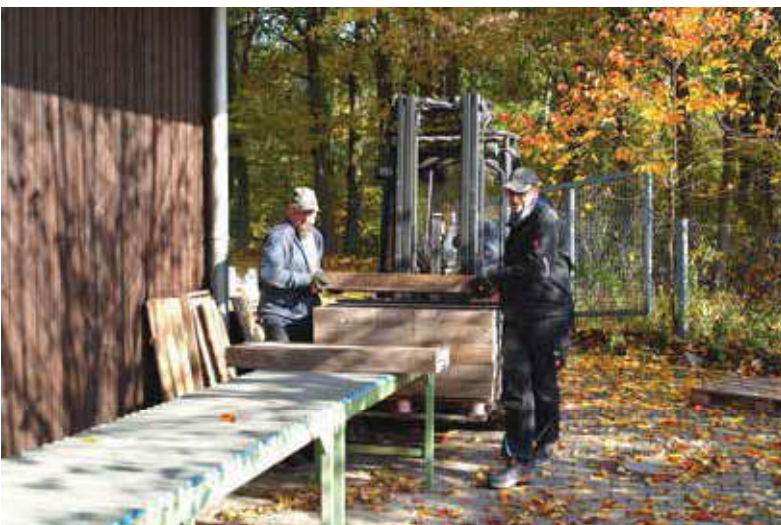


Abb. 4:

Brechen, Mahlen, Sieben sowie eine

Ein wichtiger Aspekt im Tagesbetrieb ist das Auslegen von Bohrkernen und

Begutachtung und gemeinsamen Abstimmung der stratigrafischen, faziellen

die Auslage von Bohrkernen stehen

In Aumenau steht eine weitere 20 m

Derzeit sind 677 Bohrungen in den Bohrkernlagern eingelagert, davon ca. 60% in Limbach und 40% in Aumenau. Diese 677 Bohrungen setzen sich aus 284 kompletten Kernbohrungen und 210 Kernabschnitten von

(vgl. Abb. 5). Insgesamt erreichen die Kernbohrungen, Abschnitte und

mehr als 140 km, wovon mindestens

Die Bohrkernlager in Doppel- oder Dreierkisten und werden auf Paletten gestapelt (s. Abb. 6); die Cuttings der

Die tiefste eingelagerte Bohrung ist die Bohrung Pfungstadt 1 mit einer Tiefe von 2 291 m. Sie ist eine von zahlreichen tiefen Bohrungen zur Erkundung von Kohlenwasserstoffen im Oberrheingraben (Hessisches Ried). Die meisten dieser Bohrungen wurden in den 1950er Jahren niedergebracht. Sie dienten der weiteren Erkundung im Umfeld der von 1952 bis 1994 ak-

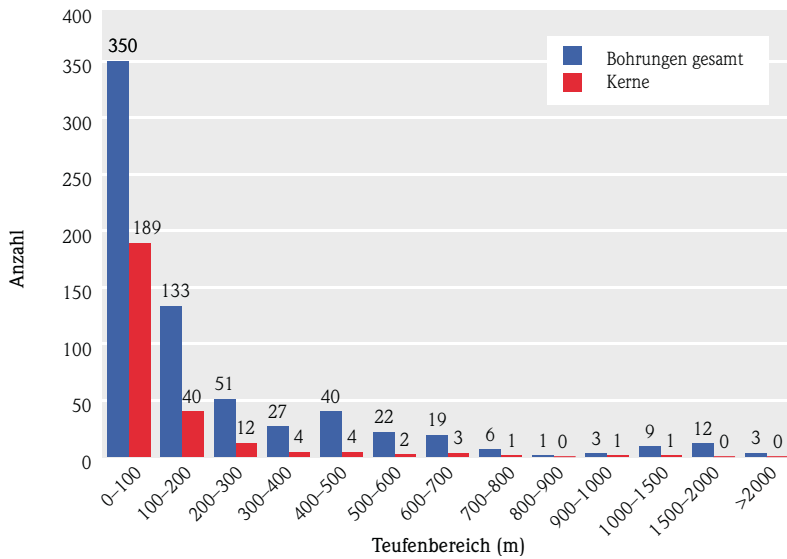


Abb. 5: Anzahl und Endteufe der in den Bohrkernlagern eingelagerten Bohrungen



Abb. 6: Lagerhalle mit auf Paletten gestapelten Bohrungen in Limbach.

ten in den Feldern Stockstadt, Hofheim-Wattenheim

Bohrungen gewinnen im Zuge der 2015 erfolgreichen weiteren Suche nach Kohlenwasserstoffen im Interesse von Explorationsfirmen.

im Zuge der Erzprospektion, z. B. auf Kupferschiefer in Nord- und Osthessen oder zur Erkundung der

und im Bohrkernlager eingelagert. Diese tiefen Bohrungen, aber auch

mie und Rohstoffsuche interessant

Geothermie und der Tiefengeother-

der TU Darmstadt und des HLNUG, zahlreiche Bohrkerne neu geologisch-

sowie anderer gesteinsphysikalischer

Aktuell im Jahr 2015 wurden bei der Prospektion nach metallischen Rohstoffen Kerne in den Bohrkernlagern Limbach und Aumenau von Wissenschaftlern aus der Industrie erneut untersucht. Bei den in den Bohrkernlager eingelagerten Proben handelt es sich um Bohrungen der Bundesanstalt

sowie der staatlichen geologischen

bohrungen im Richelsdorfer Gebirge,

ferschiefer, ebenfalls aus den 1980er Jahren.

In den Lagerhallen von Limbach ste-

auf mindestens 4 400 Schubladen Platz bieten

auf den topografischen Karten sortiert und als Beleg-

GK 1 : 25 000) und aus weiteren Probennahmese-rien entstanden, z. B. aus angewandten Bereichen wie Rohstoffgeologie, Hydrogeologie und Ingenieur-



Abb. 7: Begutachtung eines Bohrkerns. Im Hintergrund sind die Hochregallager

Die Gesteinssammlung wird durch eine Sammlung Bodenproben aus den bodenkundlichen Dauerarchiviert.

Das Bohrkernlager Aumenau, welches sich in den Strichen (Abbau von 1857 bis 1963) befindet, beher-

Diese umfasst ca. 4300 Exemplare, die dem hess-
Exemplare aus anderen stratigraphischen Bereichen.
Darunter sind auch Sammlungen aus Nordrhein-

logie eines Gebietes ist, zeigen z. B. die

Sie stammen aus einer 1000 m tiefen Bohrung im Zentrum von Kassel, die

im Jahr 1977 von dem amerikanischen

de, um jeweils ein Meter lange massive

zu einem Kilometer ineinandergesteckt in die Erde einzulassen. Die im HLNUG-Bohrkernlager archivierten

Buntsandstein der niederhessischen

umfangreichen Gutachtens des HLNUG im Zusammenhang mit dem Erlaubnis Antrag einer Firma zur Aufsuchung von unkonventionellen Kohlenwasserstoffen in Nordhessen konnten diese Proben zusammen mit weiteren Bohrungen in Nordhessen wichtige Erkenntnisse in Bezug auf den tiefen Untergrund liefern, insbesondere zur Ausbildung der Deckschichten oberhalb potenzieller Schiefergashorizonte.

Weitere Informationen zu den Bohrkernlagern des HLNUG und eine PDF-Datei der Landessammlung Bohrkerne zum Herunterladen befinden sich auf den Seiten des HLNUG im Internet:

<http://www.hlnug.de/themen/geologie/geologische-landesaufnahme/bohrung/landessammlung-bohrkerne.html>

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten bedingt die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben/untersucht:

108	standes und daraus abgeleitet des Abflusses
75	Niederschlagsmessstellen
7	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffen-
251	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der
94	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
910	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes
351	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit
> 1.200	Fließgewässern asserpflanzen in

Für alle Messstellen hat das HLNUG gemäß § 57 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (97) über Einrichtungen zur Datenfernübertragung mit einer zentralen Datenbank verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet (<http://www.hlnug.de>) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

Die **Niederschlagshöhen** werden an den 75 Messstellen des landeseigenen Niederschlagsmessnetzes ermittelt. Derzeit sind 50 Messstellen mit Datenfernübertragung ausgerüstet, deren Werte digital in eine zentrale Datenbank übermittelt werden. Dort stehen sie u.a. für Hochwasservorhersagemodelle und für die Internetdarstellung zur Verfügung.

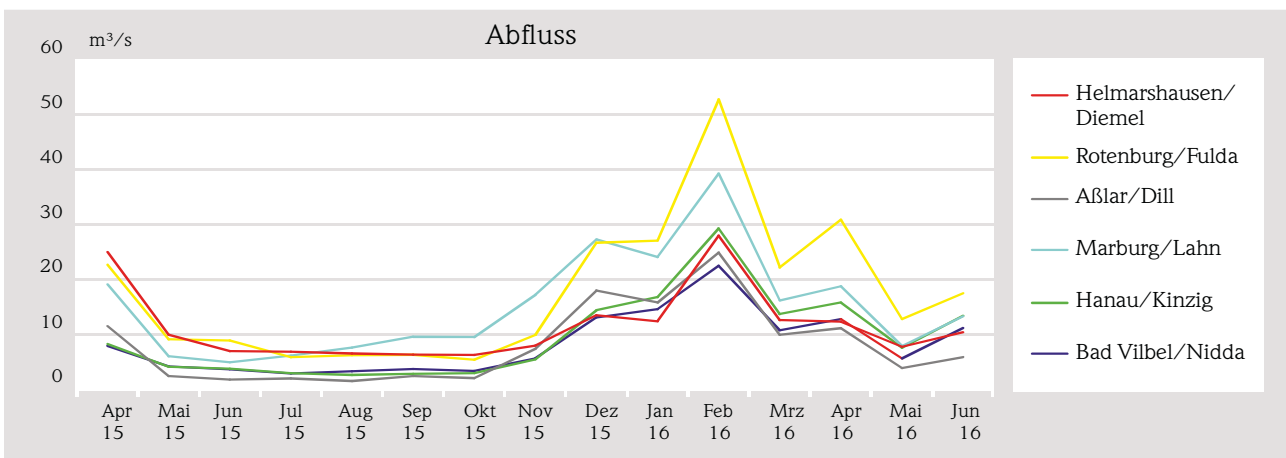
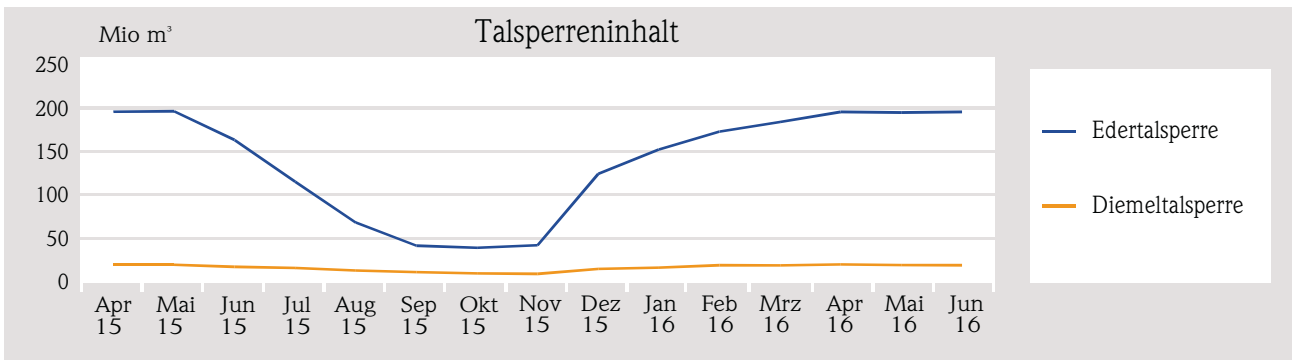
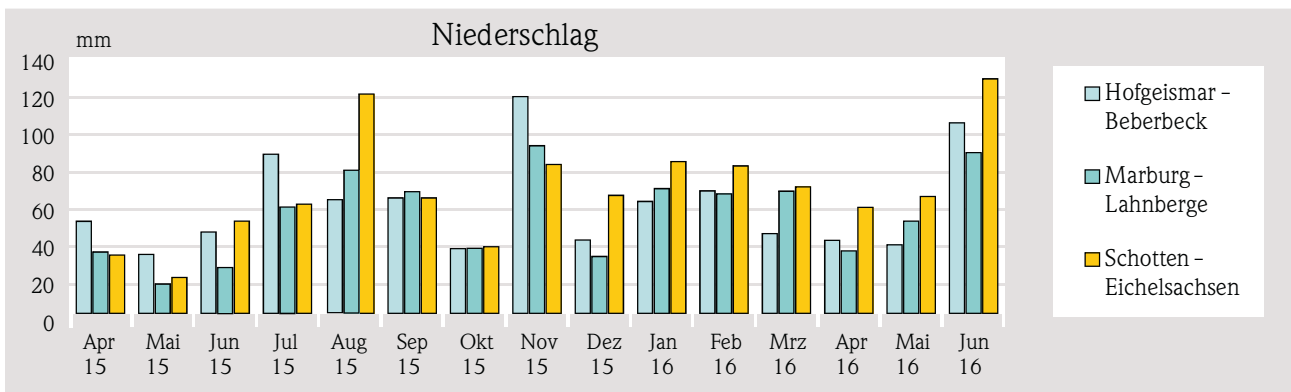
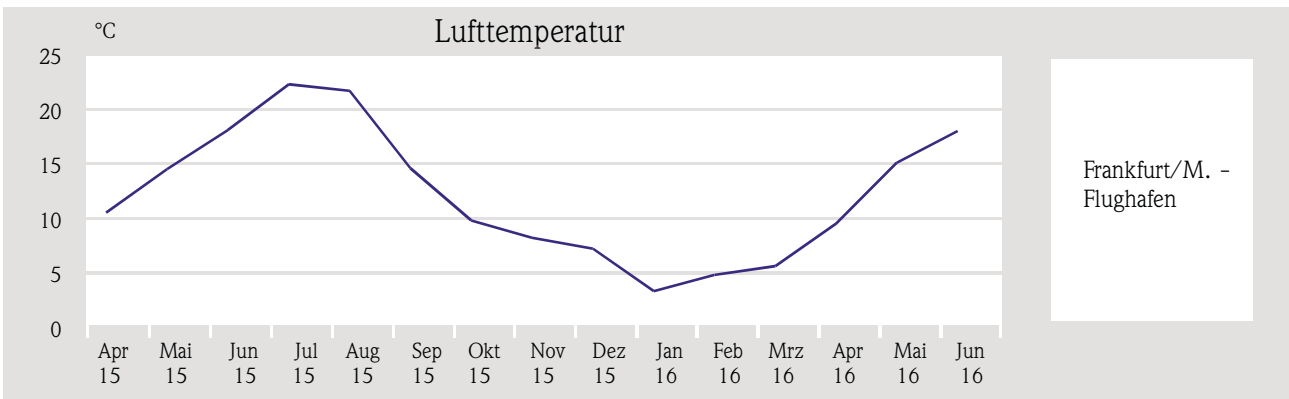
Die Überwachung der Gewässerbeschaffenheit und die Bewertung des chemischen Zustands

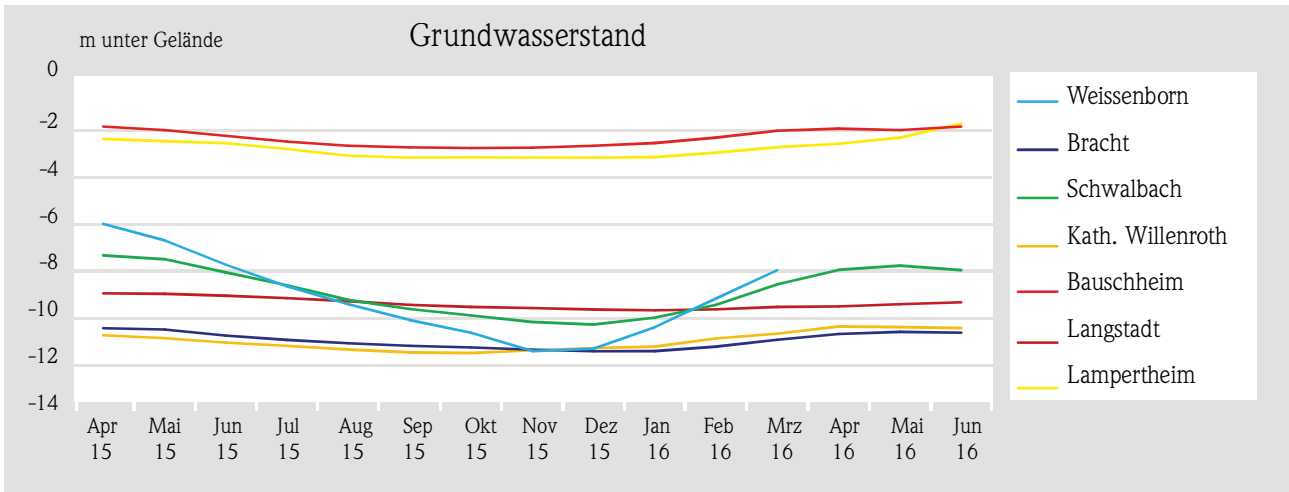
gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und es wird kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen. Um den chemischen Zustand auch der kleineren Gewässer zu erfassen, werden darüber hinaus an 251 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann.

Die Beschaffenheit von Seen wird an 94 Messstellen überwacht. Die Bewertung des ökologischen Zustands gemäß EU-WRRL erfolgt in erster Linie anhand der im Gewässer vorkommenden Fauna und Flora. Die Einzelergebnisse dieser Untersuchungen sind unter <http://www.wrrl.hessen.de> einsehbar. Sowohl hier als auch unter <http://www.flussgebiete.hessen.de> sind zahlreiche weitere Informationen zur Umsetzung der EU-WRRL zu finden. Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

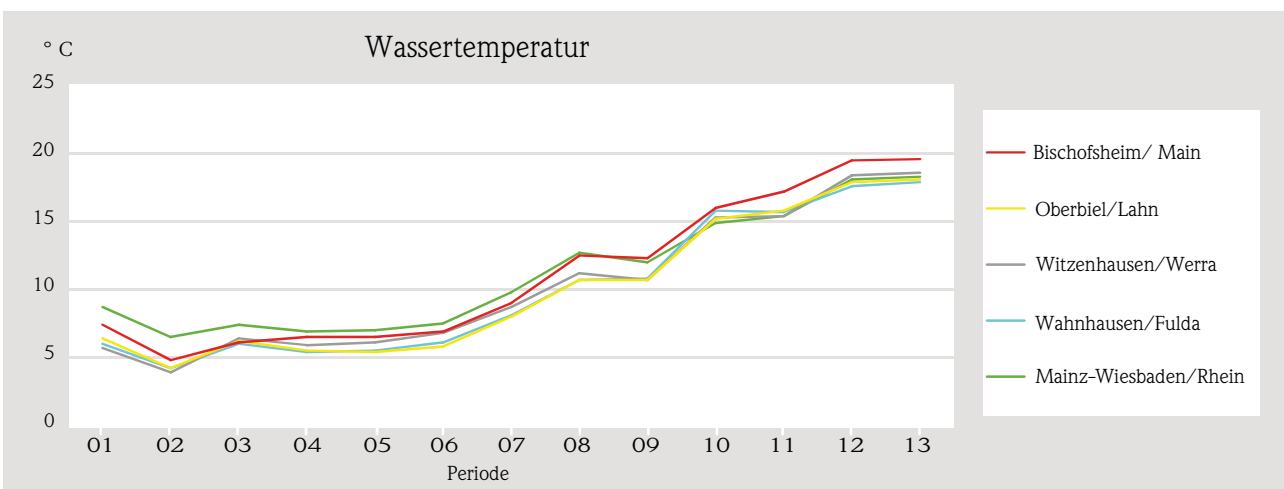
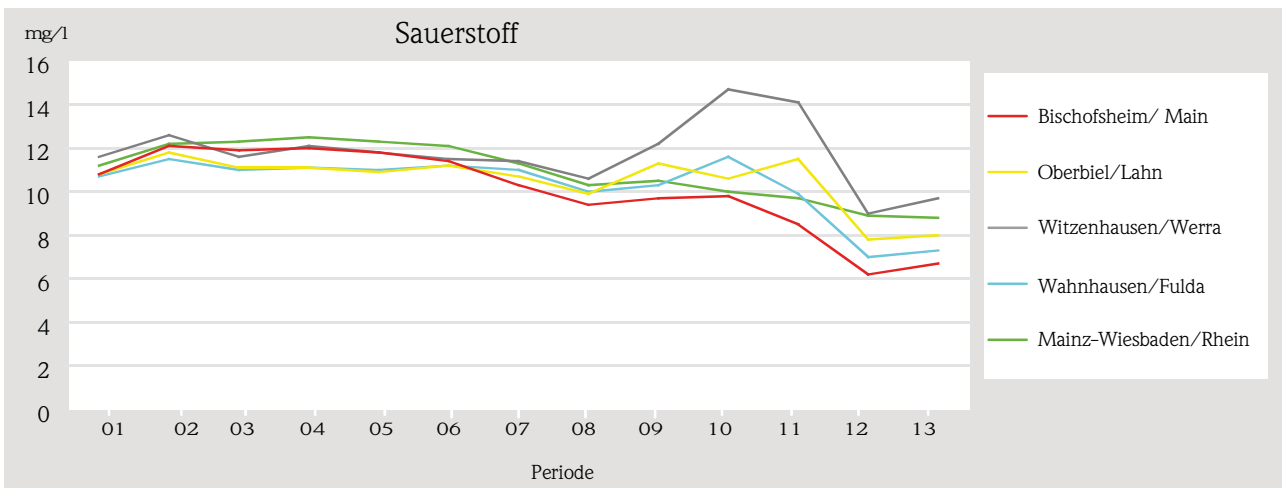
Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag der Regierungspräsidien von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsrohren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert. Aus 351 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen. Die chemische Analyse dient der Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und der Prognose der zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren.

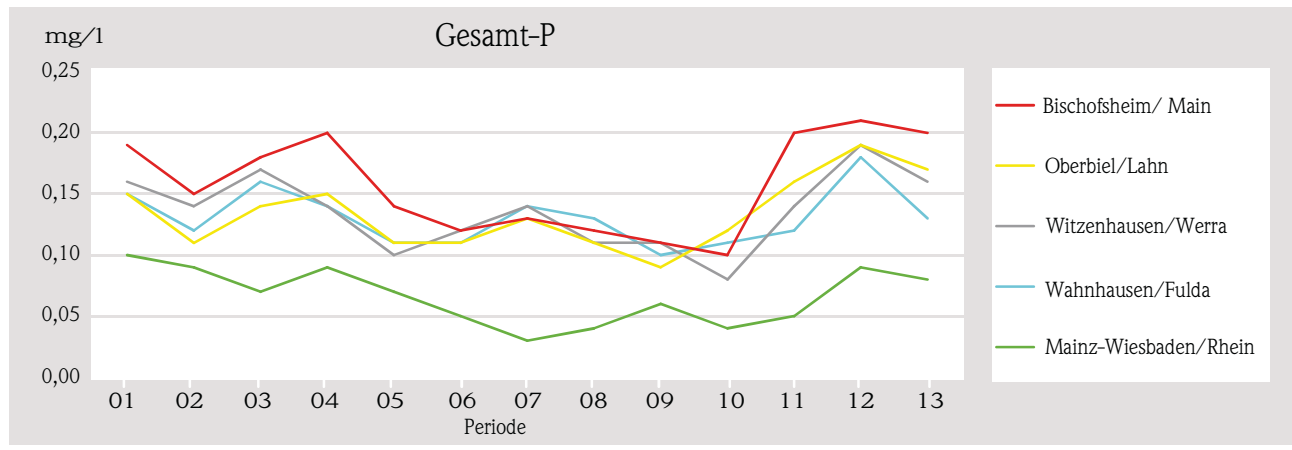
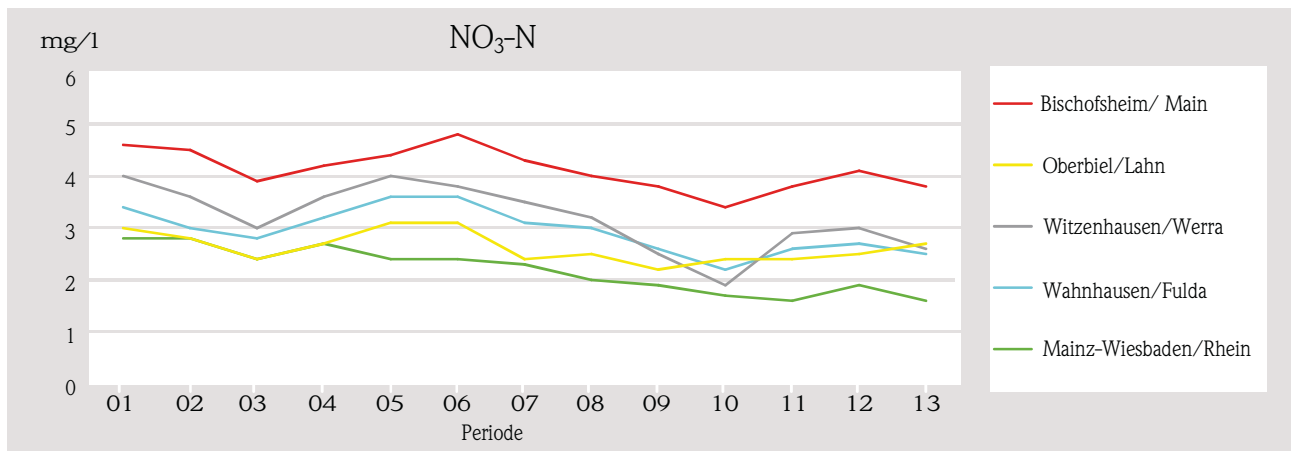
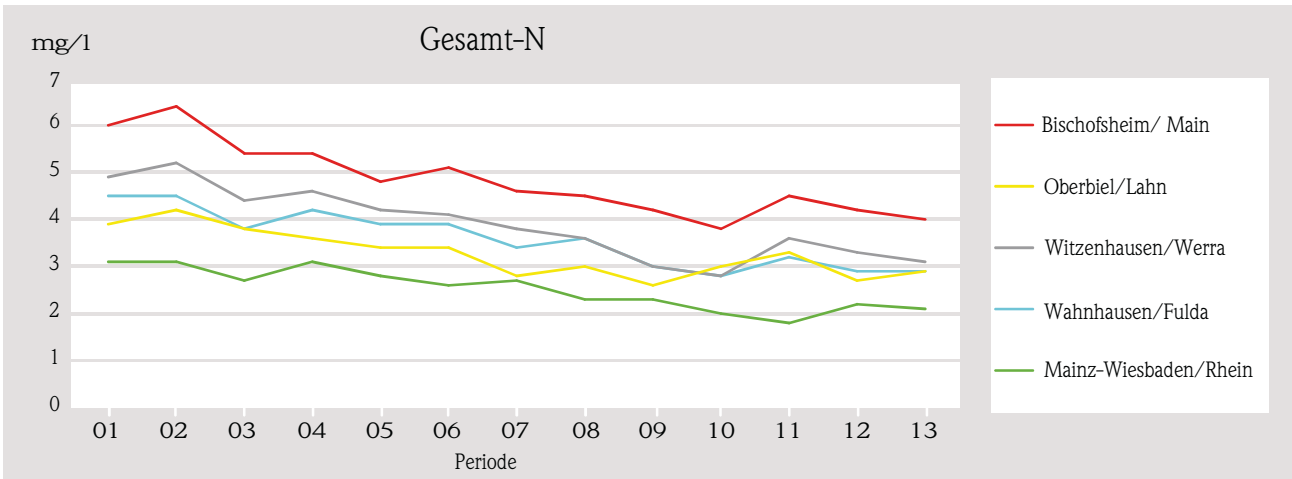
1. Hydrologische Daten nach Messstellen





2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten





Messwerte Wasser



<http://www.hlnug.de/?id=473>

programme und die Daten Dritter liefern die notwendigen Informationen. Die aufbereiteten Daten

Dort können Sie sich über Wasserstände, Durchfluss, Wassertemperatur, Grundwasser, Niederschlag, Abfluss- und Wasserstandsvorhersagen sowie über physikalische, chemische und biologische

B. Die Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) ein landesweites Messnetz mit rund 35 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den EG-Luftqualitätsrichtlinien, welche durch die 39. BImSchV (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen) in deutsches Recht umgesetzt sind, und durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie z. B. Info-Telefon, Videotext und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können.

Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhaltungsplanung, deren Ziel das Erreichen und Einhalten anspruchsvoller Luftqualitätsziele ist.

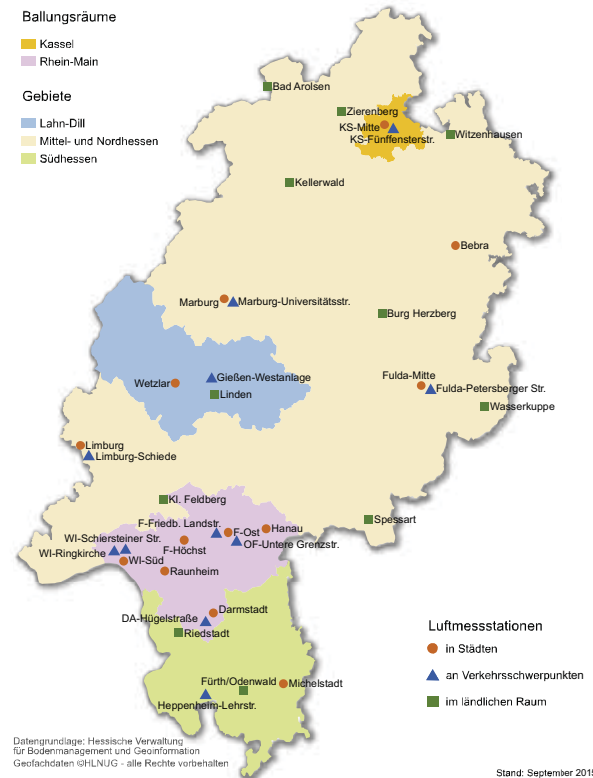
Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

Info-Telefon des HLNUG: 0611/6939-666 (Ansage)
 Videotext des HR 3: Hessentext: Tafeln 160 – 168 (akt. Messwerte), Tafeln 174 – 178 (Wetterdaten)
 Internet: <http://www.hlnug.de>
 Mobilfunk: <http://wap.hlnug.de>

Die Messstationen sind entsprechend ihrer Standortcharakteristik in drei Gruppen unterteilt:

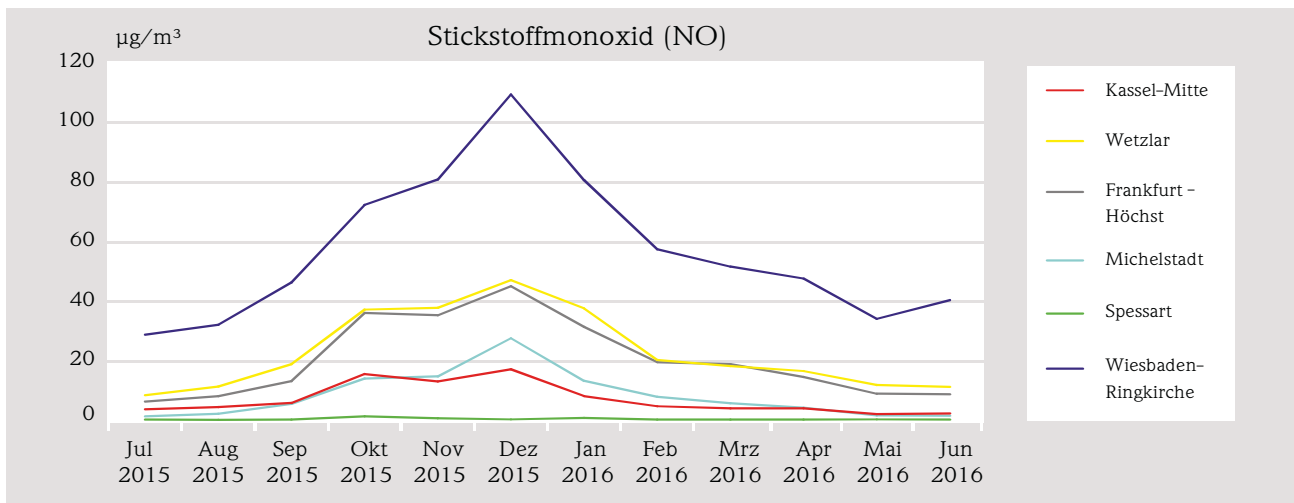
●	Luftmessstationen in Städten
▲	Luftmessstationen an Verkehrsschwerpunkten
■	Luftmessstationen im ländlichen Raum

Sowohl die Aufteilung Hessens in Ballungsräume und Gebiete nach 39. BImSchV als auch die Standorte der Luftmessstationen sind der folgenden Übersichtskarte zu entnehmen.

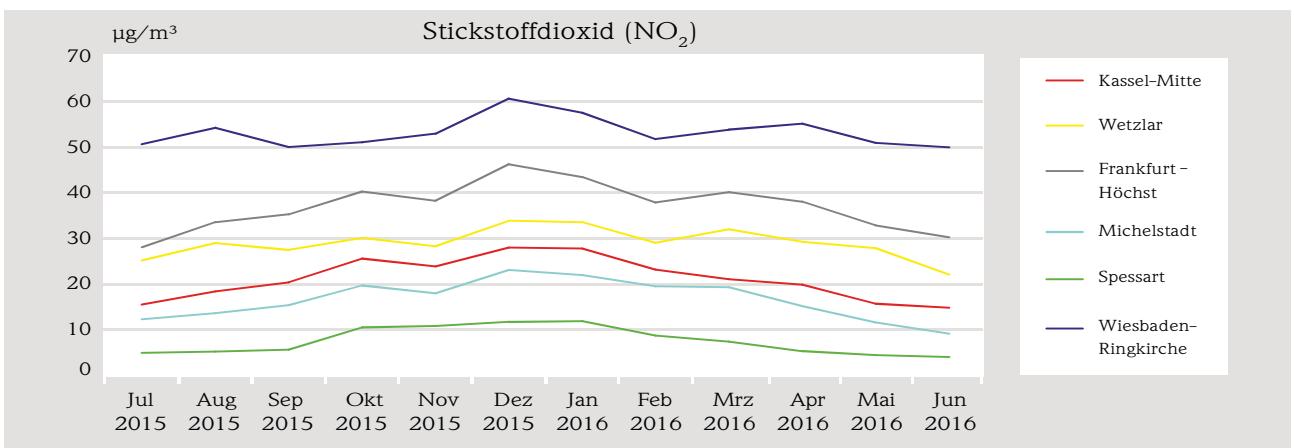


Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃), Schwefeldioxid (SO₂), Feinstaub (PM₁₀) und Feinstaub (PM_{2,5}), Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von zwölf Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich pro Komponente ein vollständiger Jahresgang verfolgen. In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ (µg/m³) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ (mg/m³). Die gemessenen Feinstaubfraktionen PM₁₀ und PM_{2,5} beinhalten Partikel mit einem Durchmesser kleiner oder gleich 10 bzw. 2,5 Mikrometer (µm).

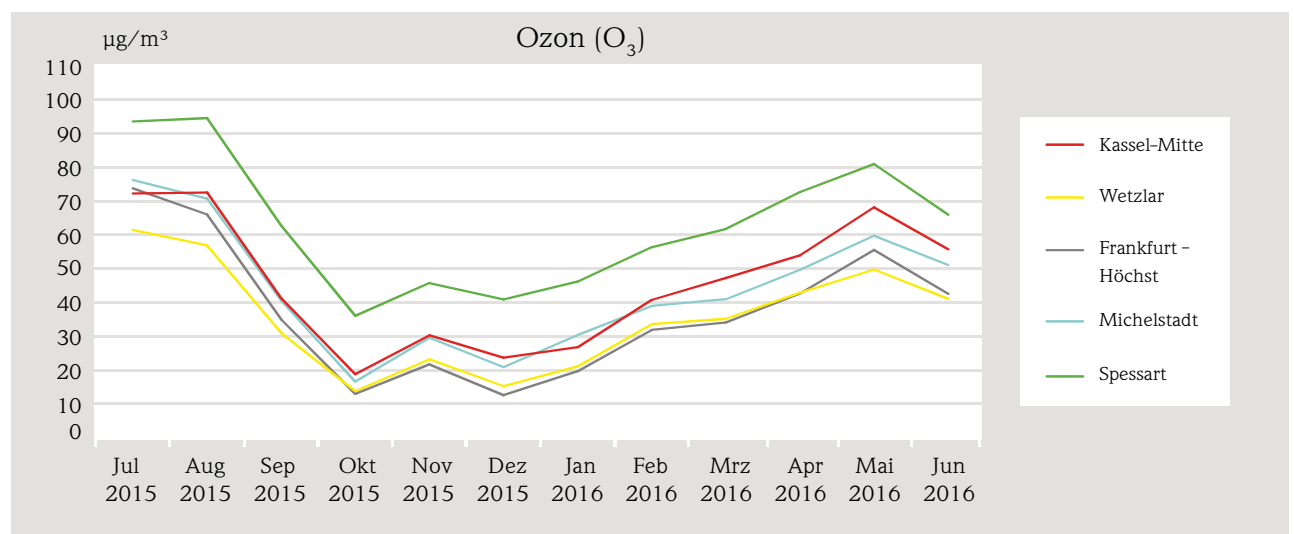
$\mu\text{g}/\text{m}^3$



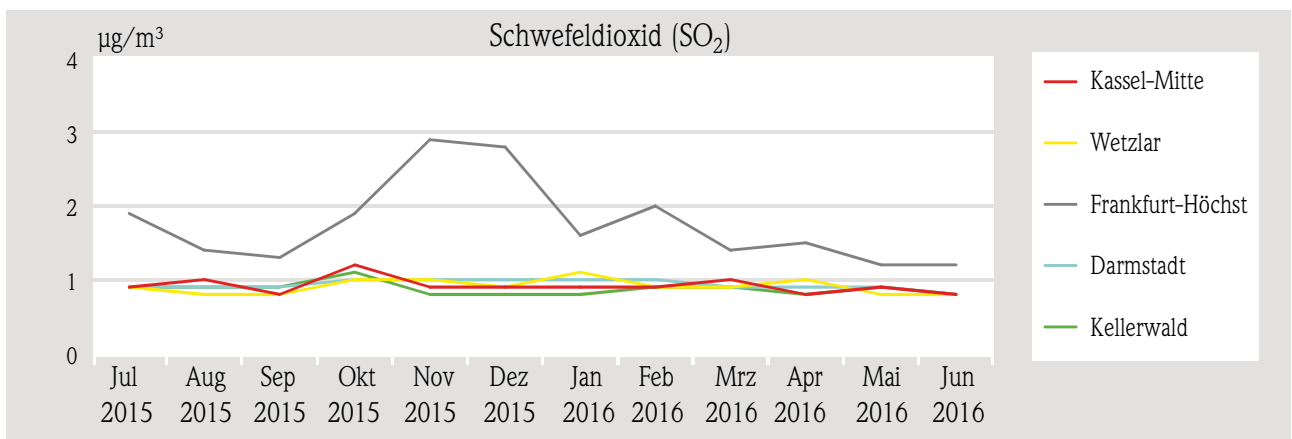
2) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



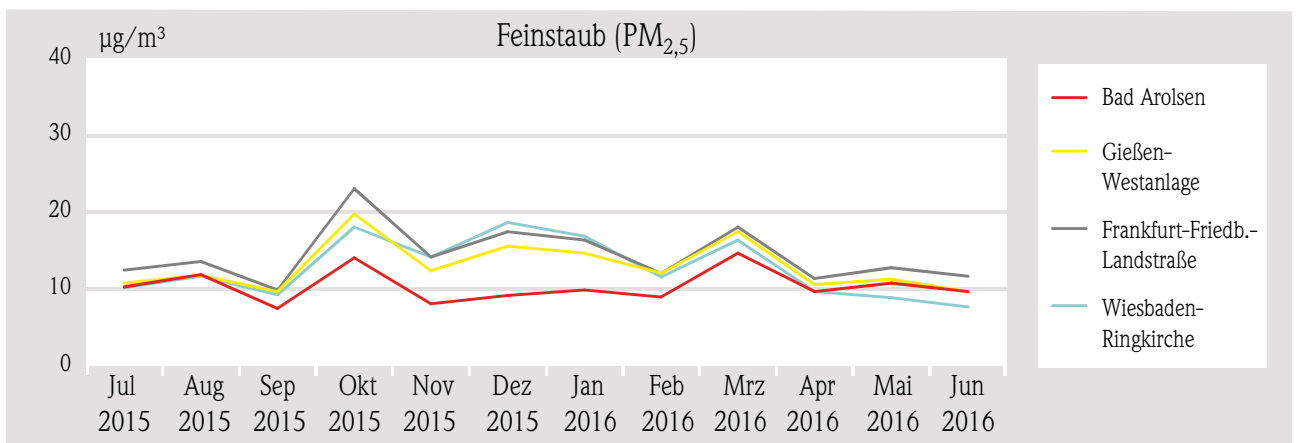
3) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



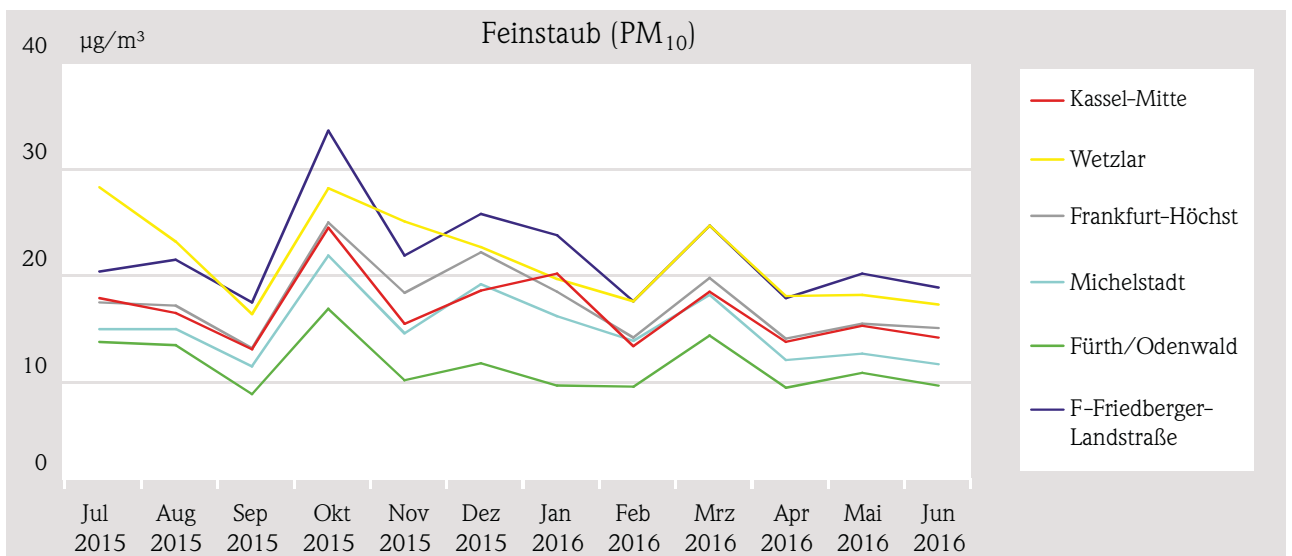
2) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



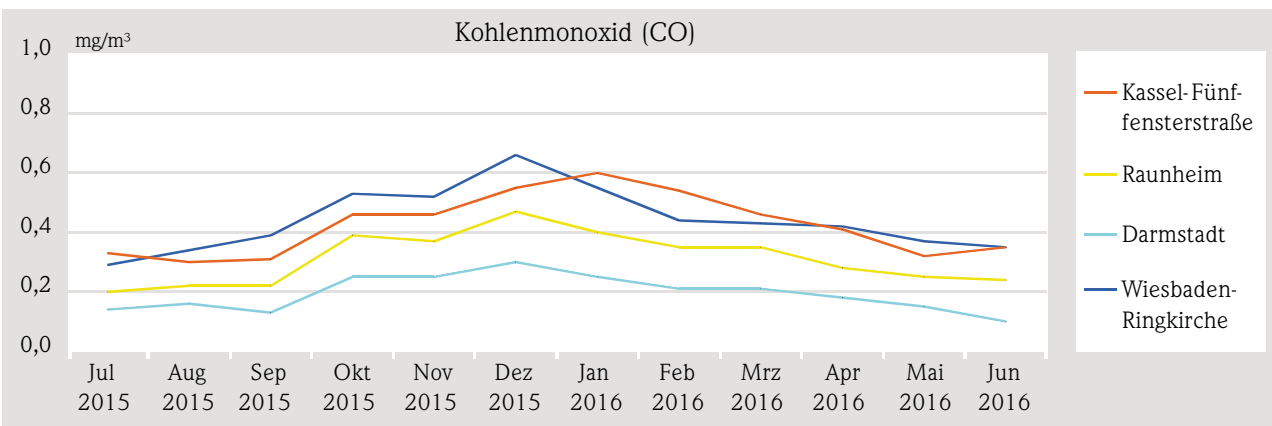
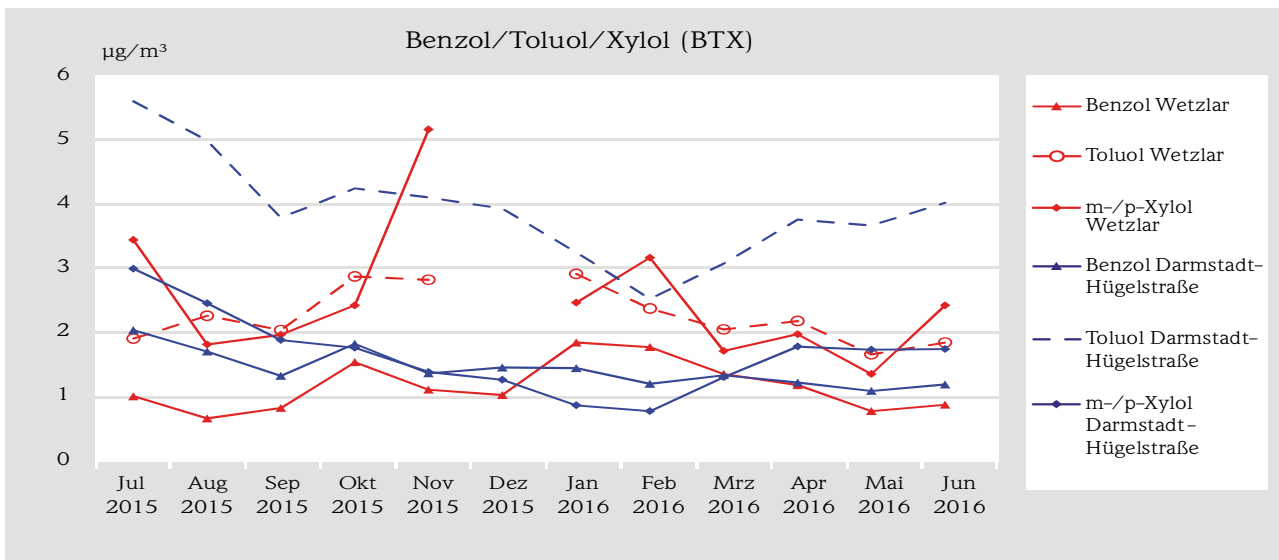
2,5) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



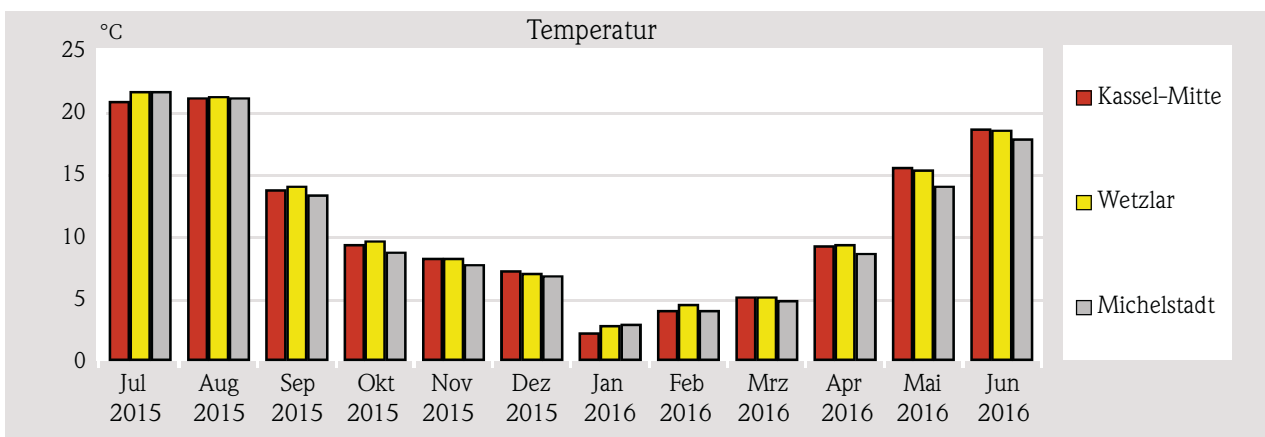
10) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



$\mu\text{g}/\text{m}^3$



Lufttemperaturen an drei hessischen Messstationen



Messwerte Luft



<http://www.hlnug.de/?id=445>

Saubere Luft ist von grundlegender Bedeutung für Menschen, Tiere und Pflanzen. Das HLNUG be-
der Luftqualität in Hessen. Auf unseren Luftmesswerte-Seiten werden die ermittelten Daten zeitnah
veröffentlicht. Dort können Sie sich über die aktuellen Messwerte von Ozon, Stickstoffoxiden, Fein-
staub und anderen Luftschadstoffen informieren sowie Recherchen zu diesen Daten durchführen.

Noch: Buchbesprechungen

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 254,99 Euro (zzgl. 24,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 7/16 bis 9/16: Steuerung der Arbeitsmenge in der digitalisierten Welt? / Verfas-

sungsrechtliche Vorgaben für die Beamtenbesoldung, insbesondere im Hinblick auf die Orientierung der Beamtenbesoldung an der tariflichen Gehaltsentwicklung / Arbeitsverhältnis oder öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis / Das Erste Gesetz zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) und seine Auswirkungen auf die Personalpraxis der Universitätsklinik / Stärkung der Finanzierungsseite bei der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst vereinbart / Faire Ausscheidungsbedingungen bei der VBL – endlich!

6133-97

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im September 2016

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2015; (Fortschreibungsergebnisse auf Basis Zensus 9. Mai 2011); (A I 2 mit A II, A III, A V - hj 2/15); (G)¹⁾

Die Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise Hessens am 31. Dezember 2015 nach Alter und Geschlecht; (Fortschreibungsergebnisse auf Basis Zensus 9. Mai 2011); (A I 6 - j/15); (K)¹⁾

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2015 (Natürliche Bevölkerungsbewegungen); (A II 1 - j/15); (K)¹⁾

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2015 (Wanderungen); (A III 1 - j/15); (K)¹⁾

Hochschulprüfungen in Hessen 2015; (B III 3 - j/15)¹⁾

Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2016; Teil 1: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten; (B VI 6 - j/16-Teil 1)¹⁾

Viehbestandserhebung – Schweine – im Mai 2016; (C III 1-3 - j/16)¹⁾

Schlachtungen in Hessen im 2. Vierteljahr 2016 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 2/16); (K)¹⁾

Ergebnisse der tierischen Erzeugung in Hessen 2015; (C III 3 - j/15); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juli 2016; (E I 3 - m 07/16); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juli 2016; (E II 1 - m 07/16); (K)¹⁾

Das Ausbaugewerbe in Hessen im 2. Vierteljahr 2016 (Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe); (E III 1 - vj 2/16); (K)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Mai 2016; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 05/16)¹⁾

Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 2016; Zulassungspflichtiges Handwerk (Vorläufige Ergebnisse); (E V 1 - vj 2/16)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im Juni 2016; (F II 1 - m 06/16); (K)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im Juli 2016; (F II 1 - m 07/16); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Mai 2016 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 05/16)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Juni 2016 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 06/16)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juni 2016; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 06/16)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Juli 2016 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 07/16); (G)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juni 2016 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 06/16); (K)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im Juni 2016; (H II 1 - m 06/16); (Häfen)¹⁾

Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2015 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2015; Teil II: Empfänger; (K I 1 mit KVI 1 - j/15-Teil II); (K)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im Juli 2016; (M I 2 - m 07/16)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im August 2016; (M I 2 - m 08/16)¹⁾

Baulandveräußerungen in Hessen 2015; (M I 6 - j/15); (K)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 1992, 1994 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse); (P I 3 - j/92,94–07); (K)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 2008 bis 2014 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/08–14 rev.); (K)¹⁾

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen von 1995 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 4 - j/91–99 rev.); (K)¹⁾

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen von 2008 bis 2014 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 4 - j/08–14 rev.); (K)¹⁾

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 2000 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse); (P I 5 j/00–07 rev.); (K)¹⁾

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 2008 bis 2014 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse); (P I 5 j/08–14 rev.); (K)¹⁾¹⁴

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Hessen 2014; (Q I 3 - j/14)¹⁾

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.



Alle Ausgaben von Staat und Wirtschaft in Hessen finden sich auch als PDF-Datei zum kostenlosen Download auf unserer Homepage unter <https://statistik.hessen.de/publikationen/staat-und-wirtschaft>